

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 23. Februar 1927

Nummer 16

### Von den Tarifverhandlungen

Der weitere Verlauf der Tarifverhandlungen führte zunächst in dreitägigen Plenarberatungen zum Abschluß der ersten Lesung der in voriger Nummer veröffentlichten Antragsvorlage der Tarifparteien. Es zeigten sich dabei nur in untergeordneten Fragen einige Verständigungsmöglichkeiten, während in den Hauptpunkten, wie Arbeitszeit, Überstunden, Lohnklasseneinteilung, Urlaub und Feiertagsfrage, sehr starke Meinungsverschiedenheiten zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß gaben. Die in den folgenden Tagen in Angriff genommene besondere Kommissionsberatung ergab vorerst in der Überstundenfrage eine Annäherung der Parteien. In den übrigen wichtigen Punkten ist alles noch in der Schwebe.

### Ein juristischer Hufarenritt

Unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß die in Nr. 7 des „Korr.“ vom 22. Januar 1927 veröffentlichte Rundgebung der Arbeitervertretung in der Tarifkommission weder gegen den Tarif noch gegen andre gesetzliche Bestimmungen verstößt, und daher nach wie vor zu Recht besteht, geben wir nachstehend von einer durch den Deutschen Buchdrucker-Verein beim Breslauer Landgericht erwirkten sogenannten einstweiligen Verfügung Kenntnis:

#### Einstweilige Verfügung

In Sachen des Deutschen Buchdrucker-Vereins e. V. in Berlin W 9, Köthener Straße 33,

— Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwältin Dres. Lion-Levy, Zwirner und Lewy in Breslau —

gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 61, Dreibundstraße 5,

wird auf das Gesuch des Antragstellers im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

1. Dem Antragsgegner wird zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, jede Einwirkung auf seine Breslauer Mitglieder, sei es direkt, sei es insbesondere durch seinen Gau Schlesien und seinen Ortsverein Breslau, zu unterlassen, die diese Mitglieder veranlassen soll, den geltenden Manteltarif, geschlossen mit dem Antragsteller, zu verletzen, insbesondere a) die Leistung von Überstunden einschließlich Mehrstunden im Sinne des § 8 des Tarifvertrages zu verweigern und b) Arbeiten zu verweigern, wenn diese außerhalb der normalen Arbeitszeit liegen, jedoch im Interesse des Betriebes nach Ansicht des Arbeitgebers erforderlich sind und in dem betreffenden Betriebe auch bisher üblich waren.
2. Dem Antragsgegner wird zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 Reichsmark aufgegeben, selbst oder durch die in 1. erwähnten Organe den entscheidenden Teil dieser einstweiligen Verfügung in den Mitteilungen des Gaus Schlesien im Verbands der Deutschen Buchdrucker und in den Mitteilungen des Ortsvereins Breslau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, und zwar in der nächsten auf die Zustellung folgenden Nummer zu veröffentlichen.
3. Die Kosten des Verfahrens werden dem Antragsgegner auferlegt.

Der Wert des Streitgegenstandes für das vorliegende Verfahren wird auf 2000 Reichsmark festgesetzt.

#### Gründe

Der Antragsteller hat geltend gemacht: Zwischen den Parteien gelte bis zum 31. 3. 1927 der „Deutsche Buchdrucker-Tarif“, nach dessen § 8 in Verbindung mit den Protokollerklärungen zum Tarif zu § 8 Überstunden bzw. Mehrstunden zu leisten seien. Nachdem der Lohnstarif (im Gegenlage zum Manteltarif) am 28. 1. 1927 abgelaufen sei, hätten in Berlin neue Lohnstarifverhandlungen stattgefunden, in denen die Arbeitnehmer, insbesondere der Antragsgegner für seine Mitglieder, Lohnvererbungen verlangt hätten, denen die im Antragsteller organisierten Arbeitgeber nicht zugestimmt hätten. Durch einen vom Reichs-

arbeitsminister für allgemein verbindlich erklärten Schiedsspruch sei dann der Standpunkt der Arbeitgeber gebilligt und seien die alten Lohnsätze bis zum 31. 3. 1927 als weiter geltend bestimmt worden.

Gleichwohl hätten die Breslauer Organe des Antragsgneiners, der Gau Schlesien im Verbands der Deutschen Buchdrucker und der Ortsverein Breslau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, die hiesigen Mitglieder des Antragsgneiners aufgefordert, Überstunden und Mehrstunden zu verweigern, und an einzelnen Stellen auch Arbeit zu verweigern, wenn diese außerhalb der gewöhnlichen Arbeitszeit liege, obwohl diese bisher unter gewissen Umständen üblich und für die Betriebe auch erforderlich gewesen sei. Infolge dieser Verletzung des Tarifvertrages würden die Mitglieder des Antragstellers erheblich geschädigt, und es seien auch für sie in Zukunft noch weitere Schädigungen zu erwarten. Aus der Treupflicht der Tarifvertragsparteien ergebe sich zugleich, daß der Antragsgegner, der für die Handlungen seiner Breslauer Organe nach § 278 BGB. hafte, zur Unterlassung seines bisherigen Verhaltens verpflichtet sei. Der Antragsteller hat jene Vorbringen glaubhaft gemacht durch Vorlegung folgender Urkunden: des Deutschen Buchdrucker-Tarifs, einer eidesstattlichen Versicherung des Direktors Edmund Kocgorowski, des Vorsitzenden des Vereins Breslauer Buchdruckereibesitzer in Breslau und Direktors der Schlesischen Druckerei A.-G. in Breslau vom 7. 2. 1927, einer eidesstattlichen Versicherung des Dr. Wilhelm Korn, Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Zeitungsgewerbe, Landesverband Schlesien, und Mitinhaber der offenen Handelsgesellschaft i. Pa. Wilh. Gottl. Korn (Verlag der „Schlesischen Zeitung“) usw. vom gleichen Tage, der Mitteilung Nr. 2 vom Februar 1927 des Gaus Schlesien des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und der Mitteilung des Ortsvereins Breslau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Nr. 2 vom 18. 1. 1927.

Somit sind die angeordneten Maßnahmen zum vorläufigen Schutze des Antragstellers erforderlich (§§ 935, 938 ZPO.). Die Zuständigkeit des unterzeichneten Gerichts ist gegeben, da der Tarifbruch in Breslau begangen und hier auch der Anspruch des Antragstellers auf Unterlassung tarifwidriger Handlungen zu erfüllen ist. Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO.

Breslau, den 10. Februar 1927.

Landgericht, 6. Zivilkammer.

gez. Furbach, Schmidt, Kern.

Ausgefertigt Breslau, den 10. Februar 1927.

L.S. Unterschrift (KanzleiSekretär als Gerichtsschreiber des Landgerichts).

Beglaubigt:

(Unterschrift unterzeichnet) Rechtsanwalt.

Bedinglich der Umstand, daß gegenwärtig in Berlin zwischen den Tarifparteien noch um eine den Forderungen der Geschäftsfahrt gerechter werdende tarifliche Regelung der Überstundenfrage gerungen wird, läßt uns davon Abstand nehmen, dieser „Einstweiligen Verfügung“ einen ausführlichen Kommentar auf den Weg in die Öffentlichkeit mitzugeben. Der Kollegenchaft nicht nur in Schlesien, sondern in allen deutschen Gauen sei es daher überlassen, dieser einseitigen Handlung des Breslauer Landgerichts sowohl als Staatsbürger wie als Buchdrucker die ihr zukommende Bedeutung beizulegen. Daß mit diesem „Gang zum Eisenhammer“ die Herren Kocgorowski und Dr. Wilhelm Korn in Breslau ihrer Organisation, dem Deutschen Buchdrucker-Verein, einen geradezu klassischen Väterdienst erwiesen haben, ist zunächst die unbestrittenste Wirkung dieser Aktion. Denn auch diese Auswirkung paragraphen-geschwängerter Wirtschaftsbekämpfung aus der formalrechtlichen Nützlichkeitslehre des BGB. wird die jeweils erforderliche Arbeitskraft und Arbeitsfreude weder ersetzen noch erzeugen können. Es hat daher auch gar keinen Sinn, gegen diese „Einstweilige Verfügung“, die zwar rein rechtlich im Hinblick auf die tatsächliche gesetzliche Lage sehr anfechtbar ist und geradezu geschwundene Zumutungen enthält, den offenstehenden Rechtsweg des Einspruchs zu beschreiten. Man nehme lediglich davon Kenntnis und schenke ihr die erforderliche Beachtung auf jener gesetzlichen und tariflichen Basis, die schon in Nr. 7 des „Korr.“ sowohl in dem Auftruf der Arbeitervertretung in der Tarifkommission wie auf Seite 39 der genannten Nummer des Verbandsorgans unter der Stichmarke „Die Überstundenfrage“ zum Ausdruck gekommen ist!

### Unre Verbandsgeschichte

Im vergangenen Jahre (Nrn. 58 und 60) erschien hier eine große Abhandlung: „Die Geschichtspflege in den Gewerkschaften und in unserm Verbands“. Darauf sei einleitend verwiesen, um nach aller Möglichkeit jezt Dubletten zu vermeiden. Die in Nr. 60 gemachten Ausführungen bilden den Kern der hiesigen Abhandlung und geben für diesen Artikel mehrfach Anknüpfungspunkte. Die Geschichtspflege in unserm Verbands zeigt seit Mitte vorigen Jahres weitere Fortschritte. Gaus, Bezirks- und namentlich Ortsvereine des Verbandes haben aus Anlaß ihres sechzig-, fünfzig- oder fünfundsiebenzigjährigen Bestehens neue Festschriften herausgegeben oder stehen jezt dazu im Begriff. Dieser vermehrte Drang, das Anfängliche, das Werden und das Gewordene kurz darzustellen, ist durchaus zu begrüßen. Wir Buchdrucker haben es gegenwärtig auf annähernd 80 Erscheinungen solcher Art gebracht; die von Spartenvereinen stammenden Festschriften sind hierbei eingerechnet, nicht aber die Veröffentlichungen zentraler Charakters. Der Ausfall der von Mitte vergangenen Jahres an hinzugekommenen Jubiläumswerke ist in der literarischen Rubrik des „Korr.“ gewertet worden. Danach wäre zu sagen, daß die in Nr. 60 unter dem Abschnitt V gegebenen Winke und Ratssätze mehr Beachtung hätten finden müssen. Vor allen Dingen sollten mehr noch Streifzüge in das Gebiet der Hauptorganisation unterbleiben; daß dies ganz gut möglich ist, beweisen diejenigen Verfasser, die sich auf ihren Bereich beschränken, dabei die reine Chronikform vermeiden und die abschließend gut zusammenfassende Übersichten zu geben vermögen.

In zunehmendem Maße ist Vereinen geholfen worden, die weder über eine fakultärende Protokollführung noch über die ergiebige Quelle „Korrespondent“ läckenlos verfügen. Solche manchmal Wochen in Anspruch nehmenden Auszüge aus dem Verbandsorgan konnten nicht durch Über-sendung der gewöhnlichen Jahrgänge vermieden werden, weil sämtliche Jahrgänge fortgesetzt zur Verbandsgeschichtsschreibung benötigt werden. So bereitwillig eine solche Unterstützung bisher von hier gewährt worden ist, so hat sich doch zusammen hieraus ein derartiger Zeitverlust an den Arbeiten zur Verbandsgeschichte ergeben, daß bis zur Fertigstellung des Zweiten Bandes davon leider abgesehen werden muß. Die mir beigegebene Hilfe kann aus weiter noch darzulegenden Gründen einstweilen solche Nebenarbeiten nicht mehr leisten. Es wird daher freundlichst gebeten, sich zwecks Überlassung von Jahrgängen des „Korr.“ bis auf weiteres an die Vereine zu wenden, die fortlaufend die Bände des Verbandsorgans besitzen. Ich glaube sicherlich, daß von diesen Ortsvorständen ebenso gern geholfen wird, wie es bisher von mir geschehen ist. Die Notwendigkeit, den „Korr.“ binden zu lassen und in der Bibliothek aufzubewahren, soll bei dieser Gelegenheit noch für alle Untervereine des Verbandes betont werden. Leider ist in dieser Beziehung früher sehr viel verabsäumt worden.

#### Kleine Verbandsgeschichte

Die in Nr. 13 d. J. erfolgte Bekanntgabe, daß der im November v. J. erschienene sechsheftige Nachtrag a l l e i n nicht mehr bezogen werden kann, darf für den weiteren Abfall der Kleinen Verbandsgeschichte kein Hindernis bilden. Der Nachtrag ist in einer Auflage gedruckt worden, die zunächst für die noch vorhandenen Exemplare dieses in seinem Werte als konzentrierte Informationsquelle immer mehr anerkannten Büchleins ausreicht, und dann den seitigeren Bezüglern der Kleinen Verbandsgeschichte als billige Ergänzungsmöglichkeit dienen sollte. Die für diese Gelegenheit vorgesehenen Exemplare sind nun vergriffen. Ein Neubrand würde sich nicht lohnen. Von der Kleinen Verbandsgeschichte mit dem eingeleiteten Nachtrage sind jedoch noch rund 2800 Stück vorhanden. Die Auflage betrug 10 000. Der Abfall ist bisher in den Großdruckstädten ungenügend gewesen, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Die Kleine Verbandsgeschichte wird durch das schnelle Auffinden aller gewinnlichsten Daten aus 60 Jahren organisatorischer und gewerblicher Entwicklung ihre Bedeutung für den Handgebrauch auch nach dem Erscheinen aller drei Bände der Geschichte unser Organisation ungeschmälert bewahren. Ich enthalte mich selbstverständlich eines Werturteils. Es darf jedoch daran erinnert werden, daß in dem wissenschaftlichen Organ des DGB. („Die Arbeit“) unsere Kleine Verbandsgeschichte den übrigen Gewerkschaften als beispielgebend empfohlen werden wird.

Große Verbandsgeschichte  
Erster Band

Von den hier von gebunden 30 000 Exemplaren ist ein kleiner Rest vorhanden. Verschiedentliche Anfragen machen einmal die gehaltenen gehaltenen Mittelstellung erforderlich, daß noch an Untervereine des Verbandes sowie zu wichtigsten gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Zwecken Einzel-Exemplare zum Preise von 5 M. und 60 Pf. Porto- und Verpackungskosten abgegeben werden. Solche Einzelbestellungen sind an die Verlagsabteilung des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5, zu richten. Mehrbezug von einer Stelle aus ist nicht angängig, weil sonst dem wirklichen Bedürfnis nicht allgemein genügt werden könnte. Eine Neuauflage des Ersten Bandes ist jedoch für das Jahr 1928 in Aussicht genommen; vorher würde sie nicht zu ermöglichen sein wegen Fertigstellung des zweiten Bandes.

Im nächsten Jahre werden 80 Jahre seit dem 1848er Ereignis verfließen sein, bei denen die Buchdrucker ihre gewerkschaftliche Blühtarbeit bereits glänzend erprobt haben. Die 1848er Buchdruckerbewegung hat deshalb im Ersten Bande ihre erstmalige eingehende Geschichtsschreibung gefunden. Dem Ersten Bande ist dadurch ein besonderer Wertmesser erwachsen. Der Erste Band erschien im Jahre 1916; in den ersten Nachkriegsjahren hat er seinen hauptsächlichsten Absatz gefunden. Wer ihn von den Kollegen noch nicht im Besitz hat, wird mit der von neuem herauswachsenden Buchdrucker-Generation das Verlangen haben, neben dem Zweiten auch den Ersten Band zu besitzen. In der Öffentlichkeit aber wird dann nach dem Ersten Bande unserer großen Verbandsgeschichte sich ebenfalls verstärktes Begehren zeigen. Der Absatz in Buchhandlungen ist ja von Anfang an groß gewesen.

Es wird jedenfalls mit der zur gegebenen Zeit erfolgenden Ausschreibung der Bestellungen auf den Zweiten Band auch die Entgegennahme von solchen auf dessen Vorgänger verbunden werden, da ein ungefähres Überblick der Nachbestellungen zur Bemessung der zweiten Auflage des Ersten Bandes notwendig ist.

Zweiter Band

Nach endgültiger Überlegung zerfällt dieser das Hauptwerk der Verbandsgeschichtsschreibung darstellende Band in drei große Teile. Der erste Teil umfaßt den Verband und den Tarif für den Zeitraum von 1888 bis 1916. Diese 28 Jahre enthalten eine Annahme von Ereignissen in der Organisation, in der Tarifgemeinschaft und im Buchdruckgewerbe ganz allgemein. Zweiter Teil: Spartenbewegung, Fortbildungs- und Ausstellungenwesen. Sämtliche Sparten finden hier ihre geschichtliche Darstellung von den ersten Regungen bis zu dem erlangten Entwicklungsgrade im Jahre 1916 bzw. 1914 bei Ausbruch des Weltkrieges. Die Schilderung des beruflichen Fortbildungswesens greift ebenfalls in den Zeitabschnitt des Ersten Bandes zurück und erstreckt sich naturgemäß auch darauf, wie die sachliche Zentralorganisation — der jetzige Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker — entstanden, gewachsen und groß geworden ist bis zu der Weltkriege. Die ebenfalls zum ersten Male erfolgende geschichtliche Auswertung des Ausstellungenwesens der deutschen Buchdrucker wird auch viel Interesse erregen. Ist diesem Abschnitt die wunderbare Vorkriegsausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 zu einem Schlußbilde von großartiger Wirkung gegeben, so haben die ersten Gehversuche im kleinen aus langer, langer Zeit vorher doch auch Anspruch auf Beachtung. Der dritte Teil birgt eine Überfülle von geschichtlichen Festhaltungen über den Aufbau des Verbandes mit den Gründungs- und Entwicklungsdaten aller Untervereine. Die Organisations-, Tarif-, Berufs- und Gewerkschaftsstatistik wird in vielseitigster Darstellung gezeigt. Einen breiten Rahmen und zugleich den in seinen Schwierigkeiten aller Beschreibung spottenden Teil nimmt jedoch die geschichtliche Statistik der Orts- und der Spartenvereine ein. Die Verbandstatistiken in dem Zeitraum von 1888 bis 1916 finden mit allen Details und Größen Aufzählung. Die Hauptfunktionäre der Organisation einschließlich der Gauvorsteher und Gaukassierer, der Vorstände und Kassierer der Zentralkommissionen der Sparten, der Geschäftsvertreter usw. werden mit ihren Amtszeiten aufgeführt. Der statistische Teil wird von alledem auf rund 64 Wärtchen in Mehrfarbendruck dieses schon veranschaulichten und so durch die Vereinfachung von Wort und Bild die Wirkung zu vergrößern suchen.

Am weitesten vorgeschritten in der Fertigstellung ist der zweite Teil von 116 Seiten Umfang; bis auf den ersten, mit einem zweifarbenen Titel versehenen Bogen hat sich auch seine Drucklegung bereits erledigt. Dann sind die 64 Illustrationsanlagen — die aufzubringen vorgesehenen Bilder werden bei dem betreffenden geschichtlichen Vorgang oder bei der betreffenden statistischen Materie angeheftet — bis auf ein paar noch in Arbeit befindliche statistische Tafeln fertig. Nach der bisher erfolgten Drucklegung kann gesagt werden, daß der Mehrfarbendruck sehr schön ausfällt. Wenn die vielen Porträts nicht ein so großes Rundum an Aufnahmearbeit und — wenn man so sagen darf — an Aufnahmegeräten und auch nicht so kräfte Unterwerfung in der photographischen Qualität aufweisen würden, könnte die Buchdruckwertstätte etwas Vollendetes herausbringen. Die Dinge liegen aber so, daß die hemdtragsähnlichen Anstalten mit im Interesse vollsten Geltens der Sache mit diesen Photographien einfach abgewiesen hätten, wenn ihnen nicht bekannt gewesen wäre, mit welcher

unendlichen Mühe das ganze Bildmaterial — an Fortsätzen allein 67 — zusammengedruckt worden ist. Das letzte, länger zurückliegende Gruppenbild zu erlangen, hat im vergangenen Jahre einschließlich der Personenschießung die zweite Jahreshälfte fast ganz in Anspruch genommen; das vielausgesprochene Reu-Bild erforderte zur Beschaffung gar einen noch größeren Zeitaufwand. Wieviel Wisaufnahmen gemacht worden sind, um die 67 Fortsätze und die 16 Gruppenbilder möglichst anzugleichen, verweigert meine Scheu vor des Verbandskassierers Donnerwettern. Immerhin, der illustrative Teil wird mit den vielen andern bildlich dargestellten Dingen Effekt machen, und das ist die Hauptsache. Der zweite Band ist auch hinsichtlich der bildlichen Ausstattung eine sehr schwierige und zeitraubende Arbeit; im Dritten Band wird es ja weniger „Kamerakamer“ geben. Am weitesten zurück ist noch der erste Teil. Darin bin ich noch nicht mehr vorwärts gekommen, als es im vergangenen Jahre der Fall war. Die 28 Jahre von 1888 bis 1916 sind aber nicht nur eine große Zeitspanne, sondern auch die Hauptentwicklungszeit in bezug auf den Verband und die Tarifgemeinschaft. Die Geschichtsschreibung darüber wird zudem erst durch Perioden auf organisatorischem und auf tariflichem Gebiete, die viel Unerkennliches gebracht haben. Aber hier einmal richtig in Gang gekommen und nicht mehr beeinträchtigt von der Arbeit an den drei andern Teilen, wird es dann schon „flugs“.

Der dritte Teil ist das Schmerzenskind. An der zum Verbandstage 1926 den Delegierten gemachten Vorausgabe war zu sehen, was an Statistik im Zweiten Band geboten wird. Der Schwerpunkt bei dieser unendlich großen, vielseitigen und bedeutungsvollen Materialarbeit liegt in der Mitgliedschafts- und in der Spartenstatistik. Die Erfassung sämtlicher Untervereine des Verbandes mit ihren Gründungs- und einigen Entwicklungsdaten gestaltet den zweiten Band zu einem gewerkschaftlichen Geschichtswerke, wie es von keiner andern Organisation aufzuweisen werden kann. Es ist von vielen früheren Veröffentlichungen und Appellen her bekannt, daß das Material zu diesem neuartigen statistischen Aufbau sehr langsam und sehr, sehr dünn geflossen ist. Diejenigen Gauvorsteher, die mir wohnungsgemessen haben, das ihnen vorgelegte Gerüst weiterauszubauen, sind ja im Bilde, wie notdürftig es um das von den Ortsvereinen mit eingesandte Material bestellt war. Ich glaubte schon bildlich zu fluchen zu können, aber neidlos muß ich sagen: andre kamen noch mehr in Rage und verstanden es noch besser. Mit Ach und Krach wurde die Vorausgabe noch zu dem sechzigjährigen Bestehen herausgebracht. Es war mir bewußt, daß doch noch viele Unvollständigheiten in der Mitgliedschaftsstatistik vorhanden waren. Das Ergebnis der Überlegung eines Spaltenabzuges vorher auch an die Ortsvorstände fiel recht mager aus; Akten, die keine Aufzeichnungen mehr vorhanden seien, daß in der Kriegs- und in der ersten, unruhigen Nachkriegszeit viel verloren gegangen wäre, gingen namentlich aus den kleineren oder mittleren Ortsvereinen ein, auf die es mir aber gerade ankam. Bei der Spartenstatistik ergaben sich besonders Schwierigkeiten dort, wo ehemals Spartenvereine bestanden hatten, die nun von dem hinsichtlich der Zeitgeschichte weggefallen waren. Durch weitere, bis in das Jahr 1927 sich ausdehnende Nachforschungen ist es aber doch gelungen, das Bild der im Jahre 1914 bestandenen Spartenvereine so gut wie vollständig zu machen. Den freundlichen Helfern besten Dank! Die Vorausgabe hatte nicht zuletzt zum Zweck, vorhandene Mängel oder Unrichtigkeiten vor der definitiven Drucklegung noch zu beseitigen. Hinsichtlich der umfangreichen tabellarischen Mitgliedschaftsstatistik erlebte ich jedoch eine Enttäuschung; es ließen nach langer Zeit kaum zehn Ergänzungen ein. Dafür will ich aber nicht örtliche Unrichtigkeit — die bei der Materialfindung vorher leider gar häufig zu konstatieren war — verantwortlich machen, sondern man konnte einfach nichts weiter mehr anführen. Als nun der zweite Teil fertig war, die Spartenstatistik in den letzten Jagen lag und die sonstigen, wenigen Erinnerungen an dem 172 Seiten umfassenden statistischen Werke erledigt waren, ging es unter Hochdruck an die vervollständigung der Mitgliedschaftsstatistik. Ich habe keine Anfrage mehr hinausgeschickt, weil es zwecklos gewesen wäre. Es waren bis dahin 710 Einbindungen von 616 wirklichen Ortsvereinen festgestellt; nun galt es, die vier Daten: Jahr, Monat und Tag der Gründung sowie Mitgliederzahl bei der Gründung, zu vervollständigen. An diesen zusammen 2064 Feststellungen schickten noch 242 Angaben; abgesehen von den Rakats bei den weiteren 2580 tabellarischen Entwicklungsdaten. Wenn im Jahre 1926 mir nicht etwa zehn Wochen lang sozulagen eine Materialperze dazwischen gekommen wäre mit der Belegung von Leipzig nach Berlin bzw. bis zur Fertigstellung der Redaktionsräume und der Wiedereröffnung unseres Archlors (worüber ich schon in Nr. 60 v. J. gesprochen habe), würden es nicht so viele Mängel sein gewesen sein. Da mir schon genügend bekannt war, wie jammervoll dürftig früher oftmals die direkte Unternehmung des „Korr.“ über örtliche Vorgänge gewesen ist, wie wenig die meistens erst in den ersten neunziger Jahren eingeführten Jahresberichte der Gauen über das Entstehen und die Entwicklung von Ortsvereinen enthalten — dazu meistens ungenau — und wie trostlos es überlegend um die „Vorgeschichte“ in den örtlichen Jubiläumsschriften bestellt ist, so machte ich mir das Konzentrieren auf den „Korr.“ zum Prinzip. Selbstverständlich wurde daneben das Durchflügen der Gaujahresberichte wie der Festschriften mit Fleiß und Ausdauer gelibt. Drei Festschriften von Gauen ragen hervor, weil sie auch von

örtlichen Vorgängen und von dem Entstehen der Untervereine Kenntnis geben. Es sind dies die Geschichtswerte der Gauen An der Saale (1898), Osterland-Thüringen (1903) und Württemberg (1907). Die Festschrift vom Saalegau enthält sogar eine farbige Landkarte dieses Gaus. Sind auch in den genannten drei Festschriften Unvollständigheiten und bezüglich der ganz frühzeitigen Vereinsgründungen Ungenauigkeiten anzutreffen, so ist doch hoch anzuerkennen, mit welchem Weitblick die betreffenden Verleger an ihre Aufgabe herangegangen sind. Die Bezirks- und die Ortsvereine stellen so gewichtige Bestandteile eines Gaus dar, daß sie ganz richtig in die Geschichtsschreibung des Gaus einbezogen werden sind. Ich habe daraus manchen Fingerzeig zu näherem Suchen erhalten. Bei den weiteren Nachforschungen im „Korr.“ wandte ich auf Grund der gemachten Erfahrungen eine neue Methode an: das indirekte Suchen. Die Gaujahresberichte, die Verlegerstellung über Bezirksversammlungen wie die aus benachbarten größeren Druckorten wurden nunmehr genau durchgesehen. Die Saumseligkeit in der direkten örtlichen Beschäftigung ist häufig grenzenlos gewesen. Wenn es in der Festschrift aus einer Großstadt, die jetzt Gausort ist, über die vor fast 60 Jahren vorgenommene Ortsvereinsauflösung heißt:

„Eine Versammlung beschloß denn auch die Auflösung des Ortsvereins und die Teilung des in der Halle vorhandenen Verbetrages, welcher ausschließlich einer örtlichen Invalidentafel gehörte, die jedoch die bei der Gründung best. 10 000 Markensatz von zehn Jahren noch nicht erreicht hatte. Die sämtlichen Zeugen der vergangenen Epoche, die Protokollbücher sowie das gesamte sonstige schriftliche Material, wurden verbrannt, so ersieht man daran mit Schauern, was alles selbster möglicherweise gewesen ist. Im Jahre 1899 lieferte die Verbandsleitung zum ersten Male Geschichtsbücher für die Untervereine; trotzdem sind so wenig Aufzeichnungen noch vorhanden. Es ist aber alles mit Unterchied; z. B. besitzt der seit dem Jahre 1849 ununterbrochen bestehende Ortsverein Albstadt sämtliche Protokolle aus diesen 78 Jahren! Wenn die örtlichen Vorstände den vom Jahre 1903 an in vier Auflagen von der Verbandsleitung herausgegebenen „Ratgeber für Funktionäre“ besser in bezug der Informierung des „Korr.“ über örtliche Vorgänge beachten würden, könnte die Rubrik „Korrespondenzen“ nicht nur vielfachiger gestaltet und auf manchen ledern abgefaßten Versammlungsbericht Bezüge geliefert werden, sondern es würden auch die Gründungsdaten für spätere Zeiten weit besser erhalten bleiben. Jetzt ist es mir passiert, daß, um völlige Klarheit über einen schon mehrmals bestandenem Ortsverein zu bekommen, zwanzig Jahrgänge des „Korr.“ durchgesehen werden mußten! Fälle annähernd schlimmer Art sind mehrfach zu verzeichnen. Von einzelnen Ortsvereinen, die mit Mühe und Not eine Gründung anzugeben vermochten, ist jetzt vier- und sogar fünfjährige Gründung festgestellt worden; die mitgeteilten einen liegen gar erst in der Mitte. Die schlimmste Wahrnehmung war aber die, daß ganz positiv gemachte Angaben; währere also, zunächst Nachforschungen nicht erforderlich erschienen, durch zufällig mit gemachte Feststellungen sich als unrichtig herausstellten. Angefichts dieser für mich katastrophalen Entdeckung blieb nichts übrig, als eine jede solcher „positiven“ Angaben aus den 20 Provinzgauen noch einmal unter die Lupe zu nehmen. Dabei zeigte es sich, daß schon Galtz zu der Jubiläumsummer im Jahre 1891 (Jubiläumswanzigjähriges Bestehen des Verbandes) gar nicht selten mit unrichtigen Daten versehen worden war. Galtz konnte aus den Provinzgauen nur 120 örtliche Daten aufzählen; wovon 60 unvollständig waren, ungerichtet die bei den Einbindungen noch unterlaufenen Unrichtigkeiten in den mitgeteilten Daten. Zu diesen „alteingesessenen“ Unrichtigkeiten sind dann bis 1916 — und sogar von später noch! — reichlich viel neue hinzugekommen. Man glaubt gar nicht, wie sich so etwas festwurzelt, ist einmal eine solche „Feststellung“ erfolgt. Ich könnte die amüsantesten Feuilletonartikel darüber schreiben, mit wie viel abwechselnden Daten — laut „Korr.“, später Gaujahresbericht, noch später Festschrift — manchmal ein und derselbe Ortsverein in der gleichen Zeitreihe gebildet sein soll, und wie sich die Mitgliederabzählungen bei diesen mehrfachen Gründungsdaten verschoben. Seit Monaten habe ich unter höchstem Druck und nach einem ganz besonderen Arbeitszeitgesetz mit einer ständigen Hilfe nochmals solche aufreißenden Nachforschungen und Feststellungen betrieben. Es hat sich erwiesen, daß, was sofort dem „Korr.“ berichtet worden war, zeitlich immer richtig gewesen ist, mag auch für meine Bedürfnisse jetzt so manche Meldung unvollständig gewesen sein. Aber bezahlige Bienen war hinwegzukommen. Mit Ende voriger Woche konnte nun auch diese Kleinarbeit des Ausklämmens von Unrichtigkeiten, der Ausfüllung von Lücken und der Ergänzung mit früheren oder späteren Vereinsgründungen als den angegebenen beendigt werden. 242 Mängel bestanden in der Vorausgabe — 360 weitere Angaben und Änderungen gemacht. Ergebnisse der Arbeit sind in dem jetzt das Ergebnis der Arbeit. Kein Mensch kann sich eine Vorstellung machen, was die Zahl von 300 in der Wirklichkeit ihres mühseligen Zusammenbringens belegen will. Es heißt sonst, wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen. Die Mittel sind in diesem Falle die Zeit, die ich auf das Unermüßlichste abgeleitet habe; das Ziel ist die Vollständigkeit und die Richtigkeit. Sind aus den 710 Ortsvereinsgründungen 118 frühere Vereinsgründungen mehr geworden, so wurde damit das Maximum an Vollständigkeit erreicht. Die im Jahre 1914 bestandenen Ortsvereine sind ebenso wie die Bezirke und Gauen ganzlich erfasst und darüber hinaus ein jeder kleinere Druckort mit der Zahl seiner Verbandsmitglieder. Das muß für

alle Verbandskollegen eine Genugtuung sein. Daß der Kollege Giffler auf der Kölner Generalversammlung 1908 erklärte, die Verbandsgeschichtsschreibung würde eine volle Kraft auf Jahre hinaus in Anspruch nehmen, und der Kollege Reßhäuser etwas später diese Arbeit ablehnte, weil er sonst auf eine ganze Reihe von Jahren aus dem Redaktionsdienst ausscheiden müsse, waren durchaus richtige Annahmen. Dabei hat aber keiner von beiden an ein großes dreibändiges Werk gedacht und am wenigsten an eine Ausdehnung auf die geschichtlichen Hauptdaten sächsischer Untervereine des Verbandes. Daß ich bei dieser Kiesenarbeit noch nicht unter den Schritten gekommen bin, verdanke ich der Einsicht des Verbandsvorstandes und dem eifrigen Willen, für unsere Organisation in jeder Beziehung etwas Musterschönes zu schaffen.

Daß unter solchen Umständen der Zweite Band nicht drei vorjährig nach dem Berliner Verbandstage noch angenommenen Erscheinungszeitpunkt haben kann, ist wohl unschwer einzusehen. Aus den zur Überarbeitung angefertigten Bögen sind weit mehr Monate geworden! Den verschiedensten Anfragen, wann denn der Zweite Band herauskommen werde, soll damit genereller Antwort erteilt werden, und zwar ohne nachmalige zeitliche Andeutung über den endgültigen Termin. Wie mir daraus kein Vorwurf gemacht werden kann, so werden auch von mir lediglich die obwaltenden Verhältnisse als schuldiger Teil angeklagt. **K a u m e i n Z e h n e r** der benötigten 2064 historischen Angaben in den Tabellen der Mitgliedschaftsstatistik ist vollständig aber ganz richtig gewesen, und bei den weiteren, aber doch leichteren 2380 Daten entwicklungsstatistischen Charakters hat man sehr oft von einem Konkurrenzkampf zwischen Richtigkeit und Fröigkeit nichts wahrnehmen können.

Wenn man früher hätte ahnen können, wie schwer sich alle Unterlassungssünden im Aufzeichnen örtlich und in der Informierung des „Korr.“ einmal rächen würden, dann wären unter voller Aufsehung der nun erforderlichen Zeit Jahre bei der Verbandsgeschichtsschreibung zu sparen gewesen. Die gegenwärtige Funktionärgeneration möge trachten, daß die Sünden von ehemals ganz ausgerottet werden. Die leider nicht allzu häufigen guten Beispiele von früher können aber auch heute noch zur Verallgemeinerung dienen; zeigen sie doch, wie der Lauf der Organisation nur dann richtig gefördert werden kann, wenn der rechte Mann auf den rechten Posten gestellt wird.

Sachtechnisch muß bei den Tabellen der Mitgliedschaftsstatistik der Beschäftigung mit Einschlebung von mehreren Textseiten erfolgen, auf denen die Ergänzungen aufgeführt werden. In der Vorausgabe wurde damit schon in Nonpareilsschrift ein Anfang gemacht. Die übersichtliche Unterbringung nun in Petitsschrift ermöglicht die Erhaltung der Blätter von Gauen mit weniger Ausgrabungen und Anrichtlichkeiten. Im Dritten Bande werden dann die jetzigen Ergänzungen in die Tabellen eingearbeitet werden. Bei der Vervollständigung der ja einflussreichen Sparsenstatistik traten sachtechnische Schwierigkeiten nicht ein. Der Zweite Band wird ebenfalls in 30 000 Auflage gedruckt werden. In eine Wiederholung des Vorkriegspreises des Ersten Bandes ist auch angesichts des Mehrfabrikverbrauchs der zahlreichen Illustrationen nicht zu denken. Wenn das Erscheinen des Hauptwerkes unserer Organisation in Sicht kommt, erfolgt Benachrichtigung zur Auflegung von Bestellungen.

Den Dritten Band wenigstens hinsichtlich der Materialbeschaffung jetzt schon vorzubereiten, gemahnt einbringlich die seit Monaten durchgemachte Tortur. In einem Schlussartikel werde also der Plan und die von draußen erforderliche Mitarbeit am Dritten Bande beleuchtet werden. **W. K r a h l.**

### Bundesausschusslegung des ADGB.

Bei der Eröffnung der siebenten Ausschusslegung des ADGB, am 15. Februar wies Bundesvorsitzender **L e i p a r t** in seinem Bericht auf die Tatsache hin, daß der mit der Kabinettsbildung zunächst betraute Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zum erstenmal die Gewerkschaften berief, um ihre Meinung über die dringlichsten sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu hören. Er erklärte, daß er es für selbstverständlich halte, daß auch in Zukunft die Gewerkschaften ebenso wie die Unternehmerverbände um ihre Meinung gefragt würden. Die deutsche Arbeiterchaft hätte erwarten dürfen, daß schon vor Weihnachten ihre Forderung nach Wiedereinführung des Achtstundentages erfüllt worden wäre. Statt dessen ist von dem Führer der Volkspartei die Regierungskrise heraufbeschworen worden in der Absicht, eine Reichsregierung zustandzubringen, um den **A c h t s t u n d e n t a g** zu verhindern. Das Notgesetz über den Achtstundentag ist die vordringlichste sozialpolitische Frage und im Zusammenhang mit ihr eine Gestaltung des Arbeitszeitgesetzes, die den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft entspricht. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen auch eingehend mit den geplanten Mieterhöhungen beschäftigt. Statt des Abbaues des Mieterhofes wäre vielmehr ein neues soziales Wohnrecht zu fordern. Leipzig ging sodann auf die von uns bereits veröffentlichte Eingabe zur Kartell- und Monopolfrage ein. Weiter erläuterte er die Beschließung des Londoner Wanderungskongresses über die Schaffung von Wanderungsämtern und die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Einwanderungsländern. Der Vorstand hat sich bereit erklärt, in den Vorstand und Senat des Reichsmuseums für Gewerkschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf einzutreten und dem neuen

Museum alle Unterstützung der Gewerkschaften zuzusagen. Die Leitung der Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitspflege hat Dr. Meyer-Brodny übernommen. Der Vorstand wird eine Rüste von Legien herstellen lassen, von der Abzüge für Versammlungssäle usw. beschafft werden können, ebenso eine Kadierung. Beide sollen das Andenken an den großen Führer der deutschen Gewerkschaften lebendig erhalten. Zuletzt wandte sich Leipzig zu der in der Presse veröffentlichten Erklärung der italienischen Gewerkschaftsführer. Man muß berücksichtigen, daß jede freie Betätigungsmöglichkeit der italienischen Landeszentrale fehlt. Die alten Gewerkschaftsführer standen daher vor der Alternative, entweder von jeder Betätigung ausgeschlossen zu sein oder zu versuchen, in den faschistischen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Es ist jedenfalls nicht angebracht, über die in langen Jahrzehnten bewährten Führer der italienischen Gewerkschaften voreilig den Stab zu brechen.

In der Debatte, die dem Bericht folgte, ergab sich im allgemeinen die Abereinstimmung des Bundesausschusses mit den Ausführungen Leiparts.

Der Bundesausschuss wandte sich sodann dem zweiten Punkt der Tagesordnung zu, dem **N o t g e s e z** betreffend den **A c h t s t u n d e n t a g**.

Zweiter Vorsitzender **G r a s m a n n** machte Mitteilungen über die Verhandlungen mit Regierungsstellen und Fraktionen des Reichstags über Maßnahmen zur Einschränkung der Überzeitarbeit. Schon vor der Bildung der neuen Regierung haben die Vertreter der Gewerkschaften sehr wenig Entgegenkommen bei ihren Verhandlungspartnern gefunden. Jetzt hat nun die Regierung einige Bestimmungen auf Grund des § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung herausgebracht, durch die für einige Arbeitergruppen die Arbeitszeit auf 48 Stunden festgesetzt wird. Zwischen haben in den Gewerkschaften selbst eine Kampagne gegen das Überstundenwesen eingeleitet. In der Presse wie in Konferenzen und Versammlungen wurde sie durchgeführt. Die Reichsarbeitsverwaltung hat Erhebungen über die tatsächliche Arbeitszeit, besonders über die Überstunden, angestellt und im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht. Die Bewegung der Gewerkschaften hat bereits Früchte getragen. Besonders im Bergbau ist eine Einschränkung der Überstunden und Mehrereinstellung von Arbeitern zu bemerken, und der Bergarbeiterverband habe bereits die geltenden Überzeitallkommen gekündigt. Die Arbeiterschaft beginne zu erkennen, daß die Folge der durch Überstunden erhöhten Verdienste die Kürzung der Löhne ist. Diese Beobachtung wird in zahlreichen Gewerben bzw. Industrien gemacht. Die stark um sich greifende Bewegung führte in der Folge zu einer Reihe von Verweigerungen von Mehrarbeit und Arbeiterereinstellungen auch in anderen Wirtschaftszweigen. Über Erfolge dieser Art wird aus der Metallindustrie berichtet. Dort konnten in letzter Zeit auch in einzelnen Orten und Bezirken die tariflichen Arbeitszeiten durchgesetzt werden. In der Lebensmittelindustrie konnte der besonders in den Kleinbetrieben grassierenden Überstundenwirtschaft mehrfach mit Hilfe der zuständigen Behörden entgegengetreten werden. Die Erwartung, daß die Schlichtungsbehörden den durch riesigen Anwaschen der Mehrarbeitsstunden, wie durch das Vorhandensein von Hunderttausenden von Erwerbslosen und Kurzarbeitern gekennzeichneten Zustand erkennen und ihn würdigen werden, hat sich bedauerlicherweise nicht erfüllt. Schiedsprüche aus jüngster Zeit lassen erkennen, daß die Schlichter eher das entgegengelegte Ziel verfolgen. Graßmann erwähnte als Beispiel hierfür den in diesen Tagen ergangenen Schiedspruch für die Leipziger Metallindustrie. Vor wenigen Tagen habe nun das Reichsstatistikamt über das von ihm gepante Notgesetz Beschluß gefaßt. Einzelheiten über den Inhalt der Vorlage seien noch nicht bekannt, und es wird noch einige Zeit verstreichen, bevor sie an den Reichstag gelangt. Ebenfalls sei der Initiativentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über ein Notgesetz zur rechten Zeit gekommen, um mindestens zusammen mit der Regierungsvorlage beraten zu werden. Wie aber die parlamentarische Aktion für den Achtstundentag auch ausgehen mag, die Arbeiterschaft darf keine Gelegenheit veräumen, aus eigener Macht der Gewerkschaften Bekämpfungen der Arbeitszeit durchzuführen. Die Unternehmer müssen wissen, daß sie keine Ruhe bekommen, bis der Achtstundentag errungen ist.

In der nun folgenden Debatte wurde von den Vertretern aller Verbände eine scheidend scharfe Kritik an der unverantwortlichen Spruchpraxis einiger Schlichter sowie der Verbindlichkeitsklärung derartiger Schiedsprüche durch den Reichsarbeitsminister geübt. Vor allem der Schiedspruch des sächsischen Schlichters zur Regelung der Arbeitszeit der Metallarbeiter des Tarifgebiets Leipzig wurde allgemein als eine unerhörte Provokation empfunden. Der Bundesausschuss nahm einstimmig folgende Entschliessung dazu an: „Der Bundesausschuss des ADGB. erhebt einstimmig Protest gegen die zahlreichen Schiedsprüche, die auch in der letzten Zeit noch den Arbeitern die Leistung von weitgehender Überzeitarbeit über den Achtstundentag hinaus auferlegt haben. Es ist eine offene Brüstung der Gewerkschaften und der gesamten organisierten Arbeiterschaft und eine Verhöhnung der Arbeitlosen, wenn solche Schiedsprüche obendrein noch vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt werden. Der Bundesausschuss hält es für seine Pflicht, vor den Folgen öffentlich zu warnen, die in abseh-

barer Zeit dazu führen müssen, das öffentliche Schlichtungswesen vollkommen zu erschüttern. Das Lebensinteresse der Arbeiterschaft und die immer steigende Notlage der Millionen Arbeitsloser erfordern es, jeder Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten. Der Bundesausschuss erklärt es deshalb erneut als Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Überzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß unbedingt zu verweigern. Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern in Leipzig spricht der Bundesausschuss seine volle Sympathie aus und behält sich bei größerer Ausdehnung des Kampfes weitere Beschlußfassung vor.“ Graßmann wurde beauftragt, diese Entschliessung dem Reichsarbeitsminister persönlich mitzuteilen.

Zu Beginn der Sitzung am 16. Februar gab **L e i p a r t** zunächst bekannt, daß der Bezirkssekretär für Rheinland-Westfalen, Dr. h. c. Heinrich Meyer, zum Polizeipräsidenten von Duisburg-Hamborn ernannt worden ist. Leipzig schätzte die Verdienste, die sich Heinrich Meyer um die Gewerkschaften erworben hat und sprach ihm unter dem lebhaftesten Beifall der Verbandvertreter den Dank des Bundesvorstandes und Bundesausschusses für seine Tätigkeit aus. Der Bundesausschuss fuhr sodann in seinen Verhandlungen fort.

Das einleitende Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung, Entwurf eines **A r b e i t s z e i t g e s e z e s**, hielt der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, **F r a n z S p l e i d t**. Die Gewerkschaften haben ein einheitliches Gesetz verlangt, sowohl hinsichtlich des Arbeitszeitgesetzes wie der Arbeitszeit. Das Gesetz soll sich auf alle Berufsarten erstrecken. Auch die Eisenbahner z. B. wie die Landarbeiter, die Hausangestellten usw. sollen unter das Gesetz fallen. Den Eigentümern der Betriebe muß selbstverständlich Rechnung getragen werden, aber innerhalb des Gesetzes. Was die sogenannten Nebenbetriebe angeht, z. B. in der Schifffahrt, der Landwirtschaft, so geht das Gesetz einen unumgänglichen Weg. Es schafft eine unberechtigte Ausnahmegegebung. Das Washingtoner Abkommen hat den Familienbetrieb genau begrenzt. Das Arbeitszeitgesetz geht von einer viel zu weiten Fassung des Begriffes des Familienbetriebes aus. Der Begriff muß begrenzt werden. Ebenso muß der Begriff der leitenden Angestellten usw. eingegrenzt werden. Wie weit sich der Arbeitgeber dem Gesetz zu unterwerfen haben, muß genau festgestellt werden. Das Problem wird akut bei der Frage des Adenichsches, der Sonntagsarbeit, der Begrenzung der Arbeitszeit der Arbeitgeber, z. B. in Freizeitschäften, bei Nachtbedarbeitsstellen, in Familienbetrieben usw. In den Bedürfnisgewerben müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichgestellt werden. Der Jugendschutz muß bis zum 18. Jahre ausgebeugt werden. Die Arbeitszeit darf einschließlich des Ruheschlusses der Nachschulung 48 Stunden nicht überschreiten. Die Gewerkschaften treten ein für drei Wochen bezahlte Ferien der Jugendlichen unter 16, bei Jugendlichen unter 18 für zwei Wochen bezahlte Ferien. Gewerbliche Tätigkeit für Kinder unter 14 Jahren muß ganz allgemein verboten werden. An Musik-, Film- und Theateraufführungen dürfen Kinder unter sechs Jahren nicht mitwirken; nur in Fällen, wo wissenschaftliche Interessen in Frage kommen, darf diese Mindestgrenze überschritten werden. Im Verkehrsgewerbe, bei der Expedition darf Sonntagsarbeit bei Eilgütern, leicht verderblichen Waren in bestimmten Grenzen gestattet werden. In übrigen kommt für Sonntagsarbeit usw. nur der Verkauf von Eis und Milch in Frage. Die Gewerkschaften verlangen die gesetzliche Mitwirkung bei der Arbeitsaufsicht. Soll das Arbeitszeitgesetz ein Rahmengesetz werden, das durch spezielle Ausführungsvorschriften ergänzt wird, oder sollen die speziellen Vorschriften nach dem Vorbild des englischen Gesetzes in das Gesetz eingearbeitet werden? Der Bundesvorstand ist der letzteren Ansicht. Das englische Gesetz kennt eine ziemlich weitgehende Strafbarkeit des Arbeitnehmers; z. B. bei verbotener gewerblicher Arbeit der Kinder sind die Eltern strafbar, die sie zulassen. Aber auch die Arbeiter selbst, wenn sie sich gegen die Vorschriften vergehen. Die Gastwirtschaftlichen und die Musiker verlangen z. B. bei uns, daß die Schwarzarbeit unter Strafe gestellt wird. Der Kernpunkt des Entwurfs ist die Regelung der Arbeitszeit. Der Entwurf bietet kein klares Rechtsbild, läßt viel zu viele Ausnahmen zu. Wir brauchen ein klares Gesetz, insbesondere im Hinblick auf die internationale Regelung. Bekanntlich ist der Arbeiterandrag im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr groß. Der Arbeitsapparat weitet sich aus. Außerdem befinden wir uns in einer rapiden technischen Entwicklung. Der Rationalisierungsprozeß greift jetzt auch auf England über. Das Anwachsen des technischen Produktionsapparates wirkt neue Probleme für den Arbeitsmarkt auf. In Amerika steht bereits die 40-Stunden-Woche zur Diskussion. Diese Entwicklung ignoriert der Entwurf. Deutschland muß sich zu einem energischen Schritt entschließen. Der Entwurf vertritt sich an einigen Punkten nicht mit dem Washingtoner Abkommen, vor allem im § 10, der dem § 5 des Washingtoner Abkommens widerspricht. Das Washingtoner Abkommen bindet die andere Verteilung der Arbeit ausschließlich an Tarifverträge, während der deutsche Entwurf andere Möglichkeiten vorsieht. Das Washingtoner Abkommen verlangt für den gesamten Komplex von Arbeitszeitüberschreitungen Vor- und Nacharbeitszulassung von 25 Proz. im Gegensatz zu der Auffassung, die die Arbeitsminister auf ihrer Konferenz vertreten haben. Der Entwurf sieht, zwar

grundsätzlich eine Arbeitszeit von acht Stunden vor, läßt aber die Möglichkeit zu, die Arbeitszeit z. B. nach § 10 Absatz 2 über zehn bis zwölf Stunden täglich, ja noch darüber hinaus, zu verlängern. Genau so verhält es sich mit der wöchentlichen Arbeitszeit. Die Arbeitswoche umfaßt nach unserer Auffassung sieben Tage. In London hat man den Drängen der romanischen Länder, die lange Sonntagsarbeit kennen, nachgegeben und die Möglichkeit zulässiger Sonntagsarbeit zugelassen. Ferner hat man die Möglichkeit anderweitiger Arbeitszeitverteilung auf die Saisongewerbe in weitestem Umfange zugelassen. Das ist ganz unmöglich. Schwankungen des Marktes dürfen und sollen nur ausgeglichen werden durch Mehrarbeit. Als Mehrarbeit sollen nach dem Entwurf 60 Stunden durch den Arbeitgeber möglich sein. Außerdem 240 Stunden durch tarifvertragliche Vereinbarungen. Die Gewerkschaften lehnen nicht grundsätzlich diese Überzeitarbeit ab. Sie wollen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Das Washingtoner Abkommen gibt keine Begrenzung der Höchstzahl der Überstunden. Man dachte an etwa 100 Stunden. Der deutsche Entwurf sieht 300 Stunden vor. Man kann sich darauf beschränken, diese Zahlen zu reduzieren. Man kann aber auch ohne Festsetzung einer Höchstzahl die Zulassung von Überstunden nur an tarifliche Vereinbarungen binden. Die Festsetzung einer schematischen Grenze ermöglicht den Arbeitgebern auf jeden Fall, zu versuchen, das zugelassene Maß an Überstunden auszunutzen. Von großer Bedeutung ist die Frage der Arbeitsbereitschaft. Im § 6a des Washingtoner Abkommens ist davon die Rede. In der eigentlichen Arbeitszeitgesetzgebung kennt Deutschland den Begriff der Arbeitsbereitschaft nicht. Der Entwurf versucht den Begriff der Arbeitsbereitschaft einzulegen, aber in ungenügender Weise. Der Begriff ist gewiß nicht völlig zu verlegen, z. B. beim Durchhalten von Schichten. Der Entwurf sieht bei ununterbrochener Arbeit eine Arbeitswoche von sieben Schichten vor von je acht Stunden. Die Meinungen gehen aber auseinander, ob sechs oder sieben Schichten zugelassen werden sollen.

In der Aussprache befaßigten sich die Vertreter der Verbände in den durch das Referat gezogenen Grenzen mit den wesentlichsten Forderungen, die von den verschiedenen Gewerkschaften an dem neuen Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz zu stellen sind. Besonders lebhaft wurde die Frage der Unterstellung der Beamten unter das Arbeitsschutzgesetz, die Festlegung des Begriffes der Arbeitsbereitschaft wie der Familienbetriebe, die Regelung der Schichtzahl bei ununterbrochener Arbeit usw. diskutiert.

In seinem Schlusswort schlug der Referent vor, von positiven Vorschlägen in einzelnen abzugehen. Der Bundesvorstand werde zusammen mit dem Sozialpolitischen Ausschuss unter jeweiliger Heranziehung der in Frage kommenden Verbände die Forderungen der Gewerkschaften näher präzisieren. Zur Regelung der Arbeitszeit in durchgehenden Betrieben regte er an, die Arbeitszeit auch hier vorwiegend auf sechs mal acht Stunden in der Woche festzusetzen. Die Lösung der Frage der Arbeitsbereitschaft wird möglich sein, wenn auch hierbei der Achtstundentag zugrunde gelegt und die Anwendung des Begriffes der Arbeitsbereitschaft eng begrenzt wird. Alle Arbeitszeit über acht Stunden muß als Überarbeitszeit gelten und mit einem Zuschlag bezahlt werden. Für besonders gesundheitsgefährliche Berufe muß das Gesetz besondere Schutzbestimmungen enthalten. Inzwischen sei bekannt geworden, daß die Reichsregierung ihr „Notgesetz“ sofort einbringen wolle. Hoffnungen brauchen wir hieran nicht zu knüpfen. Auch der Mutterschutz soll vorweg geregelt werden. Der Bundesausschuss nahm sodann einstimmig die folgende Entschließung zum Arbeitsschutzgesetz an: „Der Bundesausschuss des ADGB stellt fest, daß der von der Regierung vorgelegte Entwurf zu einem Arbeitsschutzgesetz in keinem seiner Teile den berechtigten sozialpolitischen Forderungen der deutschen Arbeiter entspricht. Sein Hauptstück, die Arbeitszeitregelung, ist ein Hojn auf den Achtstundentag. Es werden unter Verschönerung selbst der gegenwärtigen Regelung tägliche Arbeitszeiten bis zu zwölf und mehr Stunden legalisiert. Die Wochenarbeitszeit soll nach dem Gesetzentwurf eine Ausdehnung erfahren können, die die höchsten Erwartungen der deutschen Unternehmer noch übertrifft. Die zugelassenen zahlreichen Abweichungen vom Achtstundentag mühten dazu führen, daß künftig keine Aufsichtsbefehle die Durchführung des Gesetzes überwachen könnte. Der Bundesausschuss fordert von der Reichsregierung und dem Reichstag, daß das Arbeitsschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig und für alle Arbeitnehmer auf höchstens 48 Stunden wöchentlich begrenzt. Etwaige Überarbeit darf, unter strengster Beschränkung auf wirklich dringliche Fälle, nur auf Grund von frei zwischen den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Bestimmungen und unter Zahlung eines besonderen Zuschlages von mindestens 25 Proz. zugelassen werden. Die Möglichkeit von Zwangstarifen mit längerer Arbeitszeit durch verbindlich erklärte Schiedspräger ist gesetzlich auszuschließen. Die Bestimmungen über den Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, über Nachtarbeit und Ruhezeiten, Mutter- und Kinderschutz sind völlig ungenügend und bleiben zum Teil weit hinter den elementarsten Forderungen der Sozialpolitik zurück. Der Jugendschutz muß uneingeschränkt bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt und durch Gewährung bezahlter Ferien ausgebaut werden. Für besonders gesundheitsgefährliche Berufe muß das Gesetz mehr als der Entwurf vorsieht besondere Schutzbestimmungen enthalten. Die Sonntagsarbeit muß

viel weitergehend als der Entwurf es vorsieht außer auf die Verkehrsbetriebe und die der Unterhaltung und Pflege dienenden Gewerbe auf wirklich ihrer Art nach unauflösbare Arbeiten beschränkt werden. Jede andre gewerbliche Tätigkeit, mit Ausnahme der notwendigerweise durchgehenden Arbeiten, ebenso Verkäufe jeder Art müssen vollständig und ausnahmslos ruhen. Arbeitnehmer, deren Arbeit ihrer Art nach am Sonntag verrichtet werden muß, ist dafür eine mindestens 30tägige ununterbrochene Ruhezeit in der Woche zu sichern. Der Geltungsbereich des Arbeitsschutzgesetzes muß sich in vollem Umfange auch auf die Betriebe der Landwirtschaft, der Fischerei, des Bergbaues unter Tage, auf See-, Fluß-, Luftschifffahrt und Fischerei, auf Hauswirtschaft und auf das Pflegepersonal und hauswirtschaftliche Personal in Kranken- und Pflegeanstalten erstrecken. Besonderen Eigenarten dieser Gewerbe kann in dem Gesetz durch Sonderbestimmungen Rechnung getragen werden.“

Außerdem nahm der Bundesausschuss gleichfalls einstimmig in folgender Entschließung Stellung zur Lohnfrage und Mietererhöhung: „Während die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen die wichtigste Voraussetzung für eine Überwindung der furchtbaren Arbeitslosigkeit ist, droht die Wirtschaftspolitik der Unternehmer und der Regierung die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten noch weiter herabzudrücken. Trotz der Nationalisierung und der vermehrten Ausbeutung der Arbeitskraft zeigen gerade die Massenverbrauchsgegenstände der Industrie keine oder eine ganz geringe Preislenkung, die den Gewinnen der Unternehmungen auch nicht entfernt entspricht. Statt dessen steigen die Lebensmittelpreise. Hinzu droht eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmieten zu treten. Das von den großen Wirtschaftsverbänden der Unternehmer unterstützte Drängen der Hausbesitzer nach beschleunigter Erhöhung der Wohnungsmieten soll schon am 1. April zu einer weiteren Mietererhöhung um 20 Proz. führen. Die Gewerkschaften haben vor diesem volkswirtschaftlich unbedachteten und gefährlichen Schritt eindringlich gewarnt. Sie müssen unter Hinweis auf die von ihnen veröffentlichten Richtlinien für den Wohnungsbau diese Warnung in letzter Stunde wiederholen. Sollte entgegen allen volkswirtschaftlichen Erwägungen trotzdem die jetzige Mehrheit des Reichstages die angekündigten Mietererhöhungen beschließen, so fordert der Bundesvorstand des ADGB: Die Rechte der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden. Alle eintretenden Mietererhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnoberhöhen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzusehen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Mietererhöhungen automatisch durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus muß aber zur Befreiung der „allgemeinen Masse“ der Arbeitererschaft, zur Senkung der Kaufkraft der breiten Massen und zur Überwindung der chronischen Arbeitslosigkeit mit größter Beschleunigung das Lohnniveau systematisch erheblich gehoben werden. Der günstige Stand der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigt diese Forderung. Von den amtlichen Schiedsorganen, die an der Lohnfestsetzung mitwirken, muß gefordert werden, daß sie in ihren Schiedssprüchen nicht etwa nur die Mietererhöhungen ausgleichen, sondern durch darüber hinausgehende Lohnerhöhungen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.“

### Korrespondenzen

**München. (Drucker.)** In unserer Generalversammlung erstattete der Vorsitzende u. a. den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die Tätigkeit innerhalb unseres Vereins als reger zu bezeichnen ist. Mit unser Kreiszentrale stehen wir im regen Verkehr. Jejn Neuaufnahmen konnten vollzogen werden, so daß fast alle Drucker am Ort in der Sparte organisiert sind. Unsere Kassenerhältnisse sind als günstig zu bezeichnen. Zurzeit sind wir mit den Vorarbeiten zwecks Abhaltung eines technischen Lichtbildvortrages beschäftigt. Gelegentlich seiner einstimmigen Wiederwahl wurde dem Vorstand Dank ausgesprochen.

**Baden-Baden.** In unserer Generalversammlung am 15. Januar hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Vorsitzender Pfister gab die Anträge des Ortsvereins zu den Lohn- und Tarifverhandlungen bekannt. Ferner wurde die Aufstellung des Sachausflusses sowie der Lehrlingsprüfungscommission vollzogen. Nach Erstattung des Kartellberichts erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Anschließend daran gab Kollege Ernst den Kassenerbericht. Der Kassenerbestand hat sich im vergangenen Jahre bedeutend erhöht, was besonders auf das Sparhelfen des Kassierers zurückzuführen ist. Beide sehr ausführlichen Berichte wurden von der Versammlung mit großem Interesse entgegengenommen, und den Referenten wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Bei der sodann folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand per Akklamation wiedergewählt, was die von ihm im vergangenen Jahre geleistete Arbeit besonders anerkannt. Unter „Verschiedenem“ wurde das Rundschreiben des Verbandsvorstandes zur Lehrlingsordnung zur Kenntnis genommen, worauf Kollege Bender besonders auf die kommenden Lohn- und Tarifverhandlungen aufmerksam machte.

**Berlin. (Maschinenseher.)** Am 16. Januar fand unsere außerordentlich gut besuchte Generalversammlung statt. Von den sieben Punkten der Tagesordnung waren die wichtigsten: Neuwahlen, Vereinsmitteilungen und Beitragsregelung. Unter „Vereinsmitteilungen“ wies Vorsitzender Engelmeier auf die vom Vorstande herausgegebenen „Nachrichten“ des Vereins hin, die einem dringenden organisatorischen Bedürfnis entspringen. Er

bat die Versammlung um die Genehmigung zur weiteren Herausgabe, die einstimmig erteilt wurde. Sodann kam er auf die Generalversammlung zu sprechen, wies auf die dort erfolgte Ablehnung des Vertreters der Sparte im Gauvorstand hin, und vermahnte sich gegen die Bezirksfaktung im „Korr.“ über angebliche Äußerungen seinerseits in der Generalversammlung. Ein Antrag des Kollegen Lehmann fand jedoch einstimmige Annahme, wonach der Brandenburger Maschinenseherverein zum Protokoll auf eine Vertretung im Gau verzichtete. Zum Punkt „Wahlen“ erfolgte der Vorschlag Leder, ein Antrag auf Urwahl und einer auf en-bloc-Wiederwahl des zurzeit amtierenden Vorstandes. Letzterer wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen. In der nun folgenden Abstimmung wurde der Vorstand (Engelmeier, Mahlo, Elias usw.) gegen eine kleine Minderheit wiedergewählt. Nach einigen Worten des Vorsitzenden, daß der Vorstand zum Wohle der Sparte und des Verbandes arbeiten werde, fanden die Wahlen zu den Technischen Kommissionen und der Revision statt. Nach Festlegung der Remunerationen und Regelung der Beitragszahlung wurden sechs neue Mitglieder der Versammlung zur Aufnahme empfohlen. Unter „Verschiedenem“ sprach Kollege Bellanger gegen die Berücksichtigung der beiden Arbeiterzeitschriften in Sachen unserer Sparte und wünschte streng sachliche Berichte an Stelle gegenseitiger Beschimpfungen.

**Berlin. (Rotationsdrucker.)** In unserer ersten diesjährigen Versammlung am 9. Januar hielt Kollege Bruno Ackermann ein interessantes Referat über: „Die Rotationsmaschine und der Tarif“. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen, es wurde darüber ausgedehnt diskutiert und aus der Versammlung heraus kamen Wünsche und Anregungen für die kommenden Tarifverhandlungen, weiter auch Vorwürfe über Bergangenes. Kollege Ackermann stellte in seinem Schlusswort die Ausführungen einzelner Diskussionsredner richtig und betonte insbesondere, man solle objektiv beurteilen und klar sein darüber, was erreicht werden kann. Weiter nahm die Versammlung den Vorschlag der Remunerationstommision an und es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Einen breiten Raum nahm schließlich noch die Aussprache über die letzte Gaugeneralversammlung in Anspruch.

**Biberach-Riß.** In unserer Generalversammlung am 5. Januar war fast vollständig besetzt. Am dem Rechnungsbereich des Vorsitzenden war nichts auszusagen. Der Mitgliederstand ist von 19 auf 18 zurückgegangen. Das Ortsgebiet für Durchreisende mußte leider reduziert werden. Bei den Neuwahlen wollte unser bewährter Vorsitzende, Kollege Fobbed, abtanden, aber durch einstimmige Wiederwahl und die Versicherung, daß jederzeit alle Kollegen hinter ihm stehen, ließ er sich bewegen, im Amte zu bleiben.

**Bremershaven-Wejermünde.** In unserer Generalversammlung am 15. Januar erstattete zunächst Kollege Meise den Jahresbericht. Nach Aufnahme eines Kollegen, der aus der Lehrlingsabteilung übertrat, ging man zu den Vorstandswahlen über. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, dazu kam der Lehrlingsleiter mit drabender Stimme. Die übrigen Wahlen vollzogen sich glatt, da alle Kollegen mit ihren Ämtern wieder betraut wurden. Die Entschuldigungen blieben größtenteils in der gleichen Höhe. Eine längere Debatte löste die Frage der Namensänderung aus. Schließlich wurde der Vorschlag des Vorstandes angenommen, den Verein in Zukunft Bremershaven-Wejermünde zu nennen. Unter „Verschiedenem“ wies der Lehrlingsleiter noch auf den Elternabend der Lehrlingsabteilung hin und ersuchte die Kollegen um rege Beteiligung.

**Buchfal.** In unserer Generalversammlung am 16. Januar gab der Vorsitzende den Geschäftsjahresbericht sowie einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorstandssitzung in Gernsbach. Zu der Kündigung des Lohn- und Manteltarifs legte eine lebhaft, aber sachliche Diskussion ein. Zu den Anträgen des Bezirksvorortes Karlsruhe, die von der Versammlung einstimmig angenommen und unterstützt wurden, wurde ein Zusatzantrag gestellt, worin für Buchfal der alte Vorkaufszuschlag von 17 1/2 Proz. gefordert wird. Der Vorsitzende teilte mit, daß die hiesige Gewerkschaftule den Anfang zu einer Fachschule gemacht hat, indem sie sich Schriften und Maschinen zulegte. Dem Kassierer wurde für seine mühevollen Arbeit nach Erstattung des Kassenerberichts Entlastung erteilt. Das Referat anwesenden, das immer ein Schmerzstund war, ist dank der Tatkraft des Kassierers als ausgerottet zu betrachten. Die Biakittumskasse, die erschöpft ist, soll wieder fundiert werden. Bei der Neuwahl des Gesamtverbandes wurde die alte Vorstandschaft wiedergewählt. Betreffs Gründung einer Gesangsabteilung wurde der Vorstand beauftragt, bis zur nächsten Versammlung neue Vorschläge auszuarbeiten.

**Buer i. B.** In unserer Generalversammlung gedachte Vorsitzender Diffe zunächst in einem warmempfindlichen Nachruf des kürzlich verstorbenen Seniors der hiesigen Buchdrucker, Kollegen Dudd. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen wie üblich. Darauf erfolgte die Erstattung des Jahresberichts. Nach dem Bericht des Kassierers ist der Kassenerbestand günstig zu nennen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Von der Versammlung wurde beschlossen, eine Ortsgruppe des Bildungsverbandes wieder neu entstehen zu lassen und einen Geschäftsdruckmaschinenwettbewerb für die Ortsgruppe des Verbandes auszuschreiben. Unserem Ortsverein gehören gegenwärtig 56 Mitglieder an.

**Wißl (Baden.)** Am 15. Januar fand bei zahlreichem Besuch unsere Generalversammlung in Wiesel statt. Anwesend waren 36 Kollegen von 52 Mitgliedern sowie sieben Wähler Kollegen. Vorsitzender und Kassierer erstatteten Bericht über die Vereinsvorgänge im Jahre 1926. Die Vorstandswahl fand eine unerwartet rasche Erzielung, die bisherigen Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. In den Sachausflüssen zur Durchführung der Lehrlingsordnung wurden zwei Kollegen gewählt. Bezirksvorsitzender Maier referierte über „Aktuelle Gewerkschaftsfragen“. Der einstündige Vortrag fand den Beifall aller Kollegen. Der Vorsitzende verband mit seinem Dank an den Referenten die Hoffnung, daß er noch öfters in der Provinz erscheint, um den Kollegen die nötige Klärung zu geben.

**Billingen.** Unsere Generalversammlung am 14. Januar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Sch mud erfasste Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Dem Mitgliederstand von 37 im Jahre 1926 steht ein solcher von 20 zu Beginn des neuen Geschäftsjahres gegenüber. Darauf erfasste Kassierer Sch arl seinen Bericht, der einen sehr guten Bestand aufwies, trotz der vielen Ausgaben während des ganzen Jahres. Bei der Vorstandswahl wurden als Vorsitzender Kollege Sch mud und als Kassierer Kollege Sch arl wiedergewählt.

**Müßelborf.** Unsere Hauptversammlung fand am 15. Januar statt und war nur von kurzer Dauer. Der Vorstand war bereits in der vergangenen Urwahl neu gewählt und es fanden nur geringe, aus der Umstellung der Verwaltung zu der eines besoldeten Angestellten sich ergebenden Veränderungen statt. Die Jahresberichte des Ortsvereins und der Sparten lagen gedruckt vor und wurden ohne Aussprache entgegengenommen. Sechs Maßnahmen wurden vollzogen. Der übrige Teil der Tagesordnung erledigte sich in örtlichen Angelegenheiten, wo einige Mißstände in Betrieben erörtert wurden, die noch eine spätere Versammlung beschäftigen sollen.

**m. Müßelborf.** Die Maschinenseherversammlung in Verbindung mit der Ortsgruppe des Bildungsverbandes hatten am 16. Januar in der Aula der Vesting-Oberrealschule eine gemeinsame Veranstaltung getroffen, die der Entschlung der Sehmashine gewidmet war. Die Mergenthaler Sehmashinenfabrik hatte hierfür dankenswerterweise ihren Film über „Die Entschlung der Linotype“ zur Verfügung gestellt und Herr Otto Sch lott e, Mergenthaler Biograph, war hierher gekommen, um die einleitenden Worte zu dem Film zu sprechen, nachdem Kollege Heinrich Klein die Erfindung der ersten gemeinsamen Veranastaltung der Arbeitsgemeinschaft der Müßelborfer Sparten begrüßt hatte. Herr Schlotte, der ja jahrzehntelang die Entwicklung der Linotype aus allerwärts Nähe beobachtet konnte, gab zunächst ein Bild von der Person des genialen Erfinders und feierte ihn als einen der Großen, die Deutschland dem graphischen Gewerbe gegeben. Dann ging er auf die Entwicklung der Linotype als solche bis zu ihrem heutigen Stande ein. Besonders interessant war die Mitteilung, daß die Fabrik jetzt auch dazu übergegangen ist, alle, unmoderne Maschinen umgarbeiten und sie mit allen technischen Neuerungen zu versehen. Der Film selber gefiel sehr. Sowohl das Geschäftliche über den Erfinder als auch der Fabrikationsgang in der Berliner Fabrik erregten ungemessenes Interesse, zumal sich große Filmteile mit Einzelheiten eingehend beschäftigten, so u. a. mit der Matrizenfabrikation. Ein kleines Orchester gab durch seine lieblichen Weisen der Veranstaltung einen schönen künstlerischen Rahmen, so daß auch die ungetreue Länge des Filmes (2000 Meter) niemand ermüdete. Jedenfalls hat die Veranstaltung bei allen Teilnehmern einen lobenden und nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

**Müßelborf.** (Wereinigung der Stereotypen, Galvanoplastiker und Schriftgießer.) Unsere Generalversammlung am 8. Januar erfreute sich eines guten Besuches. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Vorstandswahl vollzogen: Kollege Baum ann nahm das Amt des ersten Vorsitzenden wieder an, ebenso der bisherige zweite Vorsitzende. Der Schriftführer wurde neu gewählt. Zwei Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Es folgte hierauf die Erörterung willenswerter technischer Fragen.

**Erfeld.** Unsere Bezirksversammlung am 16. Januar wurde mit einem Vortragsabend des Gesangsvereins „Gutenberg“ eröffnet. Vorsitzender Weber gab den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug Ende vorigen Jahres 604. Arbeitslos waren durchschnittlich 10 Prozent der Kollegen im Bezirk. Sodann schiederte der Vorsitzende die Lage im Bezirk. Die Kündigungen der Kollegen mehren sich, allenthalben macht sich das Bestreben der Prinzipale bemerkbar, Entlassungen vorzunehmen, um bei Kleinrentstellungen den Lohnabbau zu erreichen. Wegen Zurücknahme der Beledigungen der Firma T. S. Horn ihrem Personal gegenüber fand am 12. Januar beim hiesigen Arbeitgeberverband Verhandlung statt, in deren Verlauf die Firma erklärte, eine Beledigung der Gesellen nicht beabsichtigt zu haben. Sollte sie wirklich das Wort Faulenzer gebraucht haben, so sei dieser Ausdruck in der Aufregung gesprochen, da sie in letzter Zeit viele größere Aufträge verloren habe. Der Kassierbericht lag gedruckt vor, dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Rannmehr erfolgte die Stellungnahme zur Tarifrevision. Das Bezirksjohannisfest soll in diesem Jahre durch einen Ausflug nach Bonn gefeiert werden. Die einzelnen Ortsvereine werden hierzu noch Stellung nehmen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Solingen statt.

**Erfangen.** Unsere Generalversammlung am 16. Januar war von 32 Kollegen, darunter zwei Invaliden, besucht. Nach Bekanntgabe verschiedener Einkäufe und Entgegennahme der Kassens- und Kartellberichte gab Vorsitzender W i f f e r einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Darauf wurde die bisherige Vorstandschäft einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des Schriftführers, für den eine Neuwahl vorgenommen wurde. Nach Erledigung mehrerer lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem dringenden Ersuchen, auch im neuen Geschäftsjahre die Versammlungen und Veranstaltungen des Ortsvereins recht zahlreich zu besuchen. Ratikum wird infolge der großen Spannungsabweichung ab 1. Januar 1927 nur mehr an Ausgesteuerte und Nichtbesuchberechtigte bezahlt.

**Frankfurt a. M. (Drucker.)** (Halbjahrsbericht.) In unserer Septemberversammlung war als Gast der Vertreter der Firma Böttger (Weipzig), Herr Müller, anwesend, der die Vorgänge der Eisenpindeln gegenüber dem Holz zu den Walzen kennezeichnete. Kollege G u t h a r d t referierte in anschaulicher Weise über den „Illustrationsdruck“ an Hand sehr wirkungsvoller Druckproben, und erzielte einen schönen Erfolg. Für das Winterhalbjahr wurde ein Zurück- und Ausweichkursus beschloffen. — In der gutbesuchten Oktoberversammlung referierte Kollege M e h l über den „Illustrationsdruck am Tiegel“ und erzielte reichen Beifall. Ausgestellt hierzu waren eine

Anzahl hübscher Mehrfarbendrucke und Prägungen, die in Ausführung hervorragend waren. Unser Winterkursus zur Anfertigung der Handauschnitte und Anfertigung der Anlagen in der hiesigen Union-Druckerei, wozu uns die Geschäftsleitung genannter Offizin in weitestgehender Weise entgegenkam, begann am 17. Oktober. Weiter fand eine Filmvorführung des Werkschaffenbetriebs der Maschinenfabrik König & Bauer in Schuman-Theater statt bei stark besetztem Hause, wozu Herr F r i e d r i c h E h r e n h a r d t in freundlichster Weise das Referat übernommen hatte und die Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln wußte. Am 22. Oktober fand eine Besichtigung der hiesigen Firma Reint e statt. — Die Novemberversammlung brachte uns das vielseitige Thema der Farben, wozu Kollege S u m m e l ein Referat über „Farbenharmonie und Farbenlänge“ erstattete an Hand reicher Farbtafeln und Entwürfen in reinen und gedrohenen Farben an Lichtbildapparat. Die äußerst interessanten Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. — Unsere Dezemberversammlung befaßte sich nach Erledigung der übrigen Tagesordnung ausschließlich mit technischen Anfragen, besonders über die Verwendung des Gummituchs an der Schnellpresse und dem Tiegel“ bei allen Druckformen, wo von der Firma Kandelbinder (München) ein sehr vorteilhaftes Tuch zu mäßigen Preisen auch für Rotation in allen Stärken empfohlen wurde. Technische Neuerungen, febernde Laufstege für Tiegel und neue Anlegemarker, wurden sehr beifällig. Sämtlichen Firmen und Referenten, die uns unterstützten, sei an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

**Gießen.** (Maschinenseher.) Unsere erste Bezirksversammlung am 16. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Es waren in der Vormittagsversammlung 33 Kollegen aus den Orten Friedberg, Bad Nauheim, Wehlar, Dillenburg, Herborn, Marburg und Gießen anwesend sowie mehrere Vertreter der Gauvereinerung aus Frankfurt a. M. Die Tagesordnung war reichhaltig und interessant. Nachdem die Punkte „Geschäftliches“ und „Abrechnung“ erledigt waren, erhielt der Vorsitzende der Gauvereinerung Kollege B a e r (Frankfurt a. M.) das Wort zu einem Vortrag: „Die drei neuesten Modelle der Mergenthaler Sehmashinenfabrik“. Die Kollegen schloßte mit Aufmerksamkeit und Interesse den Ausführungen des Referenten; ihm sei hiermit nochmals gedankt. Unter dem Punkt „Technisches“ entpinn sich eine rege Aussprache, aus der mancher Wertvolles entnehmen konnte. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde wieder Gießen bestimmt. — Am Nachmittag versammelten sich die Kollegen zu einem Lichtbildvortrag des Kollegen G e r n (Frankfurt a. M.) über: „Das Wesen der Sehmashine“. Hierzu war die Gesamt-Kollegenversammlung eingeladen. Die Erschienenen folgten mit Interesse den Bildern und den erklärenden Worten des Referenten. Auch ihm sei an dieser Stelle nochmals gedankt. Den Schluß des wohlgesungenen Versammlungstages bildete ein gemüthliches Beisammensein mit den auswärtigen Kollegen.

**Göttingen.** Unsere Hauptversammlung am 15. Januar hatte einen guten Besuch. Vorsitzender R a m e r erfasste den Jahresbericht. Der gesamte Vorstand wurde durch Zuruf wiedergewählt. Zum Ostertermin wird für die hiesigen Buchdruckerlehrlinge (32) eine Fachklasse eingerichtet werden. Zum Schluß rief der immer mehr um sich greifende Inzertent-Maternaaustausch und der Terzmaternbezug eine lebhaft e Aussprache hervor.

**Hinbunberg.** (Oberstf.) Unsere Generalversammlung am 22. Januar befaßte sich nach Erledigung einiger Ortsvereinsangelegenheiten mit dem Rundschreiben des Ortsvereins Erfurt in der Weisefrage. Nach eingehender Aussprache wurde der Erfurter Resolution zugestimmt. Kollege V e r n a r d t erfasste hierauf in ausführlicher Weise den Jahresbericht, an den sich der Vortrags- und Jahresbericht des Kassierers Kollegen P o t e t sowie der Bericht des Lehrstellers Kollegen W i f f u b a anschloßen. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Dem Gesamtvorstand der Dank für seine Mühewaltung ausgesprochen. Da Kollege B e r n a r d t eine Wiederwahl entschieden ablehnte, wurde Kollege G o h m a n n zum Vorsitzenden und Kollege L n r u h zum Kassierer gewählt, weil Kollege P i o t seinen Konditionsort gewechselt hat. Kollege W i f f u b a blieb Belegungsleiter und Vorsitzender der Ortsgruppe des Bildungsverbandes. Den Kartellbericht gab Kollege L n r u h, dessen Wiederwahl als Kartellbeauftragter erfolgte. Zum Schluß der Versammlung dankte der Vorsitzende dem scheidenden Kollegen P o t e t für seine langjährige Tätigkeit als Kassierer.

**mt. Kassel.** (Vierteljahrsbericht.) Unsere Oktoberversammlung brachte außer wichtigen Vorstandsmittellungen einen Vortrag des Schriftstellers Richard W a g n e r über „Die Entstehung des Schrifttums bis zum heutigen Briefe“, der alle Anwesenden befreudigte. Eine Ergrung zu seiner 40jährigen Verbandsmitgliedschaft galt unserm altbewährten Kollegen Karl W ö r n e r, der auch heute noch in jeder Weise sein Betätigungsfeld in kollegialer Weise befaßt. — Die Novemberversammlung befaßte sich die Erledigung eines Extrabeitrages, um unsre Arbeitslosen über die schwersten Monate hinwegzuhelfen. Ein Fortsetzungsvortrag aus der Augustversammlung über Sozialversicherung mit dem Thema: „Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“, gehalten vom Arbeitsekretär W a l d m a n n, bot für die Versicherten viel Belehrenswertes. — In der Dezemberversammlung ertheilte Kollege W i e g e n s t e i n als stellvertretender Vorsitzender durch anerkennende Worte vier Kollegen zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum. Sodann erfasste er den Jahresbericht. Hierauf folgten die Berichte aus den Bezirksorten. Aus der Vorstandswahl gingen die bisherigen Mitglieder wieder hervor. An Stelle des von hier verzogenen Kollegen H e i n z e wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege W i e g e n s t e i n, zum ersten Vorsitzenden gewählt. Unter „Verschiedenem“ nahm Kollege F r i h S u n d t die Gelegenheit wahr, der Versammlung über die am 1. Januar neu eingeführte Beitragsberechnung sowie über die neu eingeführten Leistungen ab 29. Januar bei der Ortskrankenkasse Kassel einen kurzen Aufklärungsvortrag zu halten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß neben belehrenden Vorträgen aller Art in den Versammlungen der Vorstand auch bemüht ist, die Bezirksbibliothek reichhaltig, aber auch zugleich mit guten Büchern auszustatten. Unsere

Bibliothek hat einen Zuwachs von neuen Büchern im Werte von nahezu 300 M. erfahren. Das Jahr 1926 fand seinen Abschluß mit dem üblichen Weihnachtsschlusstonzett und erfreute sich eines starken Besuches. Hier brachte der Kassierer Kollegengangsverein „Typographia“ den Beweis, daß die Buchdrucker auch auf geistlichem Gebiet vorwärtsmarschieren, was die Berichte der Kritiker aller hiesigen Zeitungen bekräftigen.

**Kempten.** Unsere Hauptversammlung am 15. Januar bot den Eindruck einer Interessenfelerung seitens der Kollegenchaft. In der Hauptsache beeinflussten das Kassenswesen sowie die Anträge zur Mantelartrevision die Diskussion. Es wurde eine Beitragserhöhung von 10 Pf. vorgenommen und damit die Druckerkassen für Durchgehende für die Zukunft aufgehoben. Die Auszahlung erfolgt nunmehr zentral durch den Meißelstempelwahrer. Bei den Anträgen zur Tarifrevision spielte die Feiertagsbegahlung die Hauptrolle, da besonders bei uns sich die Feiertage ins Unerblichliche vermehren auf Kosten der Gehälte. Die alte Vorstandschäft wurde einstimmig wiedergewählt.

**Koburg.** Unsere Generalversammlung am 15. Januar war leider nicht besonders gut besucht. Vorsitzender S m o l i n s k i gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Geustel (Gera), der auch einem Teil der Koburger Kollegen gut bekannt war. Der Jahres- wie der Kassensbericht gab ein Bild fortschreitender Erstarkung unseres kleinen Ortsvereins. Die sich anschließende Vorstandswahl ging daher auch glatt von statten; sämtliche Ämter blieben in den alten, bewährten Händen. Unter Punkt „Tarifliches“ ging der Vorsitzende auf die bevorstehenden Lohn- und Mantelarttarifverhandlungen ein, ermahnte die Kollegen zu festem Zusammenhalt und forderte sie auf, auch in ihren Betrieben aufstrebend dahin zu wirken, daß die ewigen Versammlungsjahreswähler sich endlich eines Besseren bestimmen.

**th. Köln.** (Hauptversammlung und Subjektive.) (Hauptversammlung am 9. Januar.) Eine stattliche Anzahl Kölner Kollegen hatte sich eingefunden; denn es galt, außer der Erledigung des geschäftlichen Teils auch die Ergrung von 95 Kollegen vorzunehmen, die im Jahre 1901 und 1. Januar 1902 dem Verbands beitreten waren. Vorsitzender J a n e n h e i s s e r ergrüßte die erschienenen herzlich willkommen. Nachdem des verstorbenen Kollegen K a u ehrend gedacht, der geschäftliche Teil seine Erledigung gefunden und die Aufnahme einiger Mitglieder erfolgt war, konnte zur Ergrung von 95 Jubilaren übergegangen werden. Einleitend führte der Vorsitzende u. a. aus, daß im Jahre 1901 durch den Beitritt namhafter Kölner Prinzipale zur Tarifgemeinschaft die Koalitionsfreiheit gewährleistet war. Infolgedessen setzte unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden, Kollegen K o s t a m p, eine verstärkte Agitation ein und hatte vollen Erfolg. Durch diese Beitritte sei neues, pulsierendes Leben in die Kollegenchaft gekommen, sei an dem weiteren Ausbau des Kölner Bezirksvereins tatkräftig gearbeitet worden. Unsere Jubilare haben den Verband groß und stark gemacht. Heute, nach 25 Jahren, sei das damals kleine Bäumchen „Verband“ zu einem stattlichen Baum emporgewachsen, der allein in Köln unter seinen Zweigen fast 1500 Mitglieder vereinigt. Unsere langjährigen Mitglieder bilden das Fundament des Verbandes. Redner dankte allen Jubilaren für ihre Treue dem Verbands gegenüber und gab dem Wunsch Ausdruck, daß sie auch in Zukunft der Organisation die Anhänglichkeit bewahren möchten und noch viele Jahre in Gesundheit und Geistesfrische im Kreise gleichgesinnter Berufsgenossen verleben könnten. Mit einem Hoch schloß der Vorsitzende seine mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache. Die Glückwünsche des Gauvorstandes überbrachte Gauvorsitzer B e r t a m, für den Gesangsverein „Gutenberg“ dessen Vorsitzender Kollege M e i n h o l z, für die Jubilare dankte dann in längeren Ausführungen stellvertretender Gauvorsitzer L ö s f a n e r in warmen Worten mit dem Gebührens, auch ferners hin dem Verbands die Treue zu bewahren. Ebenfalls wurde seitens des Kollegen K a u m a n n ehrend der unermüdlichen Werbetätigkeit des (inzwischen verstorbenen) Kollegen K o s t a m p gedacht. Ihm wurde, da er ans Krankenlager gefesselt war, ein Danktelegramm geschickt. Bei der Ergrung der Jubilare wirkten mit der Gesangsverein „Gutenberg“ und Fräulein Räte S m i t h als Solistin. Wie sehr die Leistungen gefielen, konnte man aus dem spontanen Beifall erkennen. Der Vorsitzende dankte mit herzlichen Worten allen Mitwirkenden. Er hob besonders hervor, daß er mit Befriedigung feststellen könne, daß der Gesangsverein „Gutenberg“ unter der bewährten Leitung seines Dirigenten im hohen Aufstiege begriffen sei und im Laufe des vergangenen Jahres 23 Sänger gewonnen habe, so daß er heute eine Sängerschaft von 115 in sich vereinigt. Er forderte alle himmbegebenen Kollegen auf, beim Gesangsverein „Gutenberg“ beizutreten. Mit der Abrechnung eines gerahmten Diploms an jeden der Jubilare schloß die wirkungsvolle Feier, die noch lange in der Erinnerung der Beteiligten bleiben wird. — Der nun folgende Punkt brachte den Jahresbericht für 1926. Derselbe lag gedruckt vor und schiederte auf 20 Seiten alles, was den Bezirksverein im Jahre 1926 bewegte in ausführlicher Weise. Eine Diskussion hierüber wurde nicht beliebt; ein Zeichen dafür, daß man mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden war. Der Jahresbericht umfaßt außer dem Bericht des Bezirksvorstandes einen solchen der einzelnen Sparten, des Tariflichsgerichts, der Böhrgilde Gutenbergs und des Gesangsvereins „Gutenberg“. Hierauf nahm man Stellung zur Vorstandswahl. Der bisherige Vorsitzende wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. In den Vorstand der Belegungsabteilung wurden neben dem Leiter derselben, Kollegen F r i e d r i c h s, noch fünf gewählt.

**B. R. Köln.** (Maschinenseher.) Unsere gutbesuchte Hauptversammlung am 16. Januar gedachte zunächst in ehrender Weise eines verstorbenen Kollegen. Ausgenommen wurden sodann vier Kollegen. Der vom Vorsitzenden V e n d t erfasste Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr zeigte ein erfreuliches Bild. Dem Kollegen G r e b l i n g e wurde nach Erstattung des Kassensberichts vom lehrerfloßen Quartar Entlassung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt und für einen auscheidenden Kassierprüfer eine Ergänzungswahl vorgenommen. In die Technische Kommission wählte man vier Kollegen. Dringend wurde ge-

fordert, daß die Kollegen sich bei der nächsten Versammlung mit dem Thema: „Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“, gefaht vom Arbeitsekretär W a l d m a n n, bot für die Versicherten viel Belehrenswertes. — In der Dezemberversammlung ertheilte Kollege W i e g e n s t e i n als stellvertretender Vorsitzender durch anerkennende Worte vier Kollegen zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum. Sodann erfasste er den Jahresbericht. Hierauf folgten die Berichte aus den Bezirksorten. Aus der Vorstandswahl gingen die bisherigen Mitglieder wieder hervor. An Stelle des von hier verzogenen Kollegen H e i n z e wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege W i e g e n s t e i n, zum ersten Vorsitzenden gewählt. Unter „Verschiedenem“ nahm Kollege F r i h S u n d t die Gelegenheit wahr, der Versammlung über die am 1. Januar neu eingeführte Beitragsberechnung sowie über die neu eingeführten Leistungen ab 29. Januar bei der Ortskrankenkasse Kassel einen kurzen Aufklärungsvortrag zu halten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß neben belehrenden Vorträgen aller Art in den Versammlungen der Vorstand auch bemüht ist, die Bezirksbibliothek reichhaltig, aber auch zugleich mit guten Büchern auszustatten. Unsere

Bibliothek hat einen Zuwachs von neuen Büchern im Werte von nahezu 300 M. erfahren. Das Jahr 1926 fand seinen Abschluß mit dem üblichen Weihnachtsschlusstonzett und erfreute sich eines starken Besuches. Hier brachte der Kassierer Kollegengangsverein „Typographia“ den Beweis, daß die Buchdrucker auch auf geistlichem Gebiet vorwärtsmarschieren, was die Berichte der Kritiker aller hiesigen Zeitungen bekräftigen.

beten, endlich die Kartothekfragebogen einzulenden; ferner empfahl man die Anschaffung der Broschüre: „Wie soll die Zeile beschaffen sein?“

**Kolberg.** Unsere Generalversammlung am 15. Januar war fast vollzählig besucht. Zurzeit beträgt die Mitgliederzahl 30. Als Vorsitzender wurde Kollege Jiduhre gewählt. Der Kassierposten blieb in Händen des Kollegen Schütz, wogegen der Schriftführer ebenfalls neu gewählt werden mußte. Ein Nebenamt über das verfloßene Jahr ließ erkennen, daß das tarifliche und kollegiale Verhältnis als gut zu bezeichnen ist.

**Wahr i. B.** Wir haben in Nr. 5 des „Korr.“ an dieser Stelle in einem Bericht über eine in Offenburg abgehaltene Konferenz u. a. mitgeteilt, daß sich der hiesige Vorstands des Gutenbergbundes einer neuerrichteten Druckerei angeboten hat, nach Feierabend zu arbeiten, damit die Gehilfenlöhne gespart werden. Derselbe Vorsitzende erklärte nun in der Nr. 5 des „Typograph“ vom 4. Februar, daß unsre Mitteilung leichtfertig und unwarhaft sei. Wir stellen hier nochmals fest, daß der hiesige Vorstands des Gutenbergbundes, der die Absicht hatte, eine Kувeртfabrik zu kaufen, in Gegenwart eines anderen Herrn der Firma erklärte, daß er von dem Kauf abstehe, denn wenn er den schönen Lohn in Betracht ziehe, den er jede Woche von der Firma M. Schög. beziehe und noch nach Feierabend bei der neuen Firma arbeiten könne, sehe er sich bedeutend besser. Das war jedenfalls die Auffassung, die der Vorsitzende der Firma über die Kувeртmaschine machte. Wir wollen aber dem Vorsitzenden noch verraten, daß noch ein anderes Mitglied des Bundes der Firma Gehilfen angeboten hat, die nach Feierabend dort arbeiten könnten. Die Firma hat dies jedoch abgelehnt und zwei Verbandsmitglieder eingestellt. Unsre Behauptung ist also nicht leichtfertig und unwarhaft. Unwarhaft ist aber, daß auf die Initiative einer Betriebsversammlung in der Frage der Kurzarbeit der Brief an das Schiedsamt gerichtet wurde. Kein Verbandsmitglied wußte von der Existenz eines solchen Briefes, bevor die Verhandlungen vor dem Schiedsamt waren. Wenn nun schon der Betriebsratsvorsitzende, der tatsächlich Verbandsmitglied ist, der Sündenbock sein soll, warum hat dann nicht eben dieser Vorsitzende den Brief an das Schiedsamt gerichtet? Dem Gutenbergbund blieb es lediglich vorbehalten, in dieser Frage seine Tariffreue zu zeigen. Im übrigen wären wir sehr dankbar, wenn uns mitgeteilt würde, wo wir noch Ordnung zu schaffen haben. Für Gutenbergbänder werden wir keine Kartons aus dem Feuer holen! (M. u. r. l. u. n. g. d. e. r. S. c. h. r. i. f. t. g. i. e. ß. e. r.) Gleichzeitig mit dieser Darstellung ging uns folgende Mitteilung der Nichtigkeit der in Nr. 5 enthaltenen Angaben zu. „Daß die angeführten Äußerungen von dem Vorsitzenden Karl Wieser des Gutenbergbundes mit gegenüber als Mitglied des Gutenbergbundes unter Zeugen gefallen sind, bestatigt ich hier mit meiner Unterschrift. Ferner erkläre ich, daß Wieser die in seiner Erwiderung in „Typograph“ erwähnte Äußerung über die Spezialkuvvertmaschine (betrifft Aufschrift über diese) bei meiner Firma nicht gemacht hat. M. u. n. g. r. W. Karl Wunz, Mitglied des Gutenbergbundes.“ Danach vermag sich jeder selbst ein Urteil darüber zu bilden, auf welcher Seite die leichtfertigen und unwarharen Angaben liegen. Für den „Korr.“ ist die Sache hiermit erledigt.

**Randberg (Wartje).** Vor Eintritt in die Tagesordnung unsrer gutbesuchten Generalversammlung am 15. Januar widmete Vorsitzender Max Hoffmann dem in Leipzig verstorbenen Kollegen Hermann Kautowitz, der über 25 Jahre dem hiesigen Ortsverein (lange Jahre als Vorsitzender) angehört hatte, einen warmen Nachruf. Ebenso gedachte er in ehrenvollen Worten des Todes des Buchdruckereibesetzers Paul Demichel. Nach Erstattung des Kassienberichts gab der Vorsitzende in längeren Ausführungen ein Bild über den Verlauf der Gauvorsteherkonferenz. Der Ortsvereinsbeitrag wurde, da die Kasse durch die große Zahl der durchreisenden Kollegen sehr in Anspruch genommen worden ist, um 5 Pf. erhöht. In dem Jahresbericht ließ der Vorsitzende die Vorgänge des vergangenen Jahres noch einmal Revue passieren. Während der Ortsverein am Anfang des Jahres 69 Mitglieder und im März 83 zählte, waren es am Schluß des Jahres nur noch 71 Kollegen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

**Wagdeburg.** Unsre erste Versammlung in diesem Jahre, an deren Besuch man wieder Freude haben konnte, fand am 11. Januar statt. Die große Aula der Augustaschule war fast bis zum letzten Platz besetzt. Solch ein volles Haus müßten wir zu jeder Versammlung haben. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Weigelt dem plötzlich verstorbenen Kollegen Emil Kettner Worte des Nachrufs. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen in üblicher Weise. Unter dem Punkt „Tarifliches“ wurde Stellung genommen zu den Lohn- und Tarifverhandlungen. Einige Tage vorher hatte sich bereits eine Vertrauensmännerung damit befaßt, und hier wurden die eingebrachten Anträge eingehend durchberaten. Die eingegangenen Anträge zur Revision des Manteltariffs lagen der Versammlung gedruckt vor und wurden einzeln durchberaten. Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Änderung der Unterküßungsfrage für Durchreisende“ wurden die bisherigen Sätze herabgesetzt von 6 M. auf 5 M., von 4 M. auf 3 M. und von 3 M. auf 2 M.

**Wannheim.** In unsrer ziemlich gut besuchten Versammlung am 8. Januar gelangten vier Kollegen zur Aufnahme. Über eine Druckerei in Mannheim müßte wegen untauglichen Beschaffens die Sperrung verhängt werden. In der Behandlung verschiedener Mißstände auf dem Lehrlingsgebiet zeigte die Handwerkskammer nicht den nötigen fortschrittlichen Geist. Nach Erledigung noch sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten gab Vorsitzender Herzog einen ausführlichen Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz. Zwecks Durchführung des Winterprogramms wurde den Druckern auf deren Antrag 100 M. aus der Bezirkskasse bewilligt, welche Mittel aus der uns vom Gau zugewiesenen Summe für Bildungszwecke entnommen wird. Die Fachabteilung für Buchdrucker beim Städtischen Arbeitsamt bildet künftig eine selbständige Gruppe; es wurden dazu sechs Kollegen gewählt, davon drei als ständige Vertreter.

**Marienburg (Westpreußen).** In unsrer Generalversammlung am 15. Januar waren die Mitglieder vollzählig erschienen. Nach Erstattung des Kassien- und Jahresberichts schritt man zur Wahl des Vorstandes. Es wurden u. a. gewählt Kollege Stawiski als Vorsitzender und Kollege Sauer als Kassierer und Revisor. Nachdem noch unter „Verchiedenes“ wichtige dringliche Fragen erledigt worden waren, hatte die gutbesetzte Versammlung ihr Ende erreicht.

**Minden i. Westf.** In unsrer Hauptversammlung am 15. Januar wurde beschloßen, wieder eine Ortsgruppe des Bildungsverbandes zu gründen. Eine Anzahl Kollegen trat dieser sofort wieder bei. Vorsitzender Stremming gab sodann einen Rückblick über das verfloßene Vereinsjahr. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich mehr als bisher am Verbandsleben zu beteiligen. Der Bericht über die Lehrlingsabteilung ließ auch auf diesem Gebiete einen Fortschritt verzeichnen. Bei der folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt.

**d. Neuwied.** Unsre Hauptversammlung am 15. Januar war von 50 Kollegen besucht. Vorsitzender Schlegel gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Die Entschädigung des Vorstandes wurde wie im Vorjahre geregelt und der Vorstand in seiner seitherigen Zusammenlegung einstimmig wiedergewählt. Unter Punkt „Tarifliches“ wurden die Kollegen ersucht, ihr Augenmerk auf die im Frühjahr erfolgende Neueinstellung der Lehrlinge zu richten, da allein von einer der hier bestehenden vier Schulen zehn Knaben beim Berufsausschuß als Buchdruckerlehrlinge angemeldet wurden. Des weiteren wurde auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen aufmerksam gemacht. Unter „Verchiedenes“ beantragte Kollege Feudewer, einen engeren Zusammenschluß der Lehrlinge herbeizuführen und bei besätigte Kollegen, sich zu kleineren Referaten für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

**Oberhausen. (Druker.)** Unsre Generalversammlung am 11. Januar war fast vollzählig besucht. Erwähnt sei, daß die Sterkrader Drucker sich ebenfalls dem Oberhausener Druckerverein angeschlossen haben. Unter „Geschäftlichem“ wurden u. a. die Protokolle vom Druckertag verteilt und diese einem eingehenden Studium empfohlen. Dann erlatete Vorsitzender Buchhausen den Jahresbericht. Daraus war zu entnehmen, daß der hiesige Druckerverein seit seinem dreiwerteljährigen Bestehen schon eifrig im Interesse der Fortbildung tätig war. Hierauf gab Kollege Kufst den Kassienbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Eine Neuaufnahme wurde vollzogen. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt und es wurde ihm weiter tatkräftige Unterstützung zugesichert. Unter Punkt „Technisches“ wurden weitere Anregungen für die Fortbildung gegeben. Schließlich wurde noch das Thema „Schmuckkonturen“ am Orte eingehend erörtert.

**Obernorf a. Niedar.** Eines außerordentlich guten Besuchs erfreute sich unsre Generalversammlung am 11. Januar. Über ihre Tätigkeit als Vorsitzender und Kassierer gab E. B.ossen in einer eingehenden und mit Beifall besetzten Rede. Im Anschluß daran legte Kollege Hosenmaier sein Funktion nieder und es wurden ihm für seine achtjährige, erprobte Tätigkeit Worte der Anerkennung zuteil. An seine Stelle wurde Kollege Zimmermann gewählt. Ein Kollege mit 25jähriger Verbandszugehörigkeit wurde geehrt sowie eine beschlossene Erhöhung des Ortsvereinsbeitrages als notwendig anerkannt. Es gab hier weder Kurzarbeit noch Überstunden, leider aber einen hohen Krankenstand. 40 Gehilfen stehen sechs Lehrlinge gegenüber. Mit Arbeitsmut und guter Soffnung schritten wir ins neue Jahr. — Eine am 9. Januar hier abgehaltene Konferenz der Vertrauensmänner des Bezirks war von sämtlichen Druckern besucht. Es galt, den Bericht von der Bezirksvorständekonferenz in Stuttgart entgegenzunehmen. Die Ausführungen des Vorsitzenden Bollenmaier erbeugten regem Interesse bei objektiver Kritik. Lehrlingsfragen und die Besprechung der Verhältnisse im Bezirk beschloßen die anregend verlaufene Tagung.

**Hrobo (Oltpr.).** Unsre Generalversammlung am 8. Januar war leider nicht vollzählig besucht. Nach Erstattung des Kassienberichts schritt man zur Vorstandswahl. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Wolz und zum Kassierer Kollege Dornbalk gewählt. Kollege Wolz dankte im Namen aller Oltpröder Kollegen dem alten Vorsitzenden Kollegen Stolzen u. w. für dessen mehrjährige Amtsführung. Den Schluß bildete eine lebhafte Debatte über die der Berufsbildung dienenden Zeitschriften.

**Quedlinburg.** Am 15. Januar fand unsre, von 50 Proz. der hiesigen Kollegen besuchte Generalversammlung statt. Neben den üblichen Punkten stand der Jahres- und Kassienbericht, Vorstandswahl und Anträge zur Tarifberatung auf der Tagesordnung. Vorsitzender Dammköhler gab einen Überblick über das verfloßene Jahr. Der Mitgliederstand betrug im verfloßenen Jahr 101, gegen 106 im Jahre 1925. Dem Kassierer Eichrod wurde Dank für seine langjährige Tätigkeit ausgesprochen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, ebenfalls der Lehrlingsleiter. Der Vorsitzende gab sodann einige Anträge zur Tarifberatung bekannt, welche von der Versammlung gebilligt wurden. Nachdem beschloßen worden war, daß die neuzubeschaffenden Vereinsdrucksachen auf dem Wege des Wettbewerbes hergestellt werden sollen, wurden unter Punkt „Verchiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Der anregend verlaufenden Versammlung schloß sich ein gemüthliches Beisammensein an.

**Schwab. Gmünd.** Unsre Hauptversammlung am 15. Januar war leider nur sehr schwach besucht. Vorsitzender Wenzelburger gab den Jahresbericht und Kollege Frey den Kassienbericht. Kollege Grupp berichtete über die Tätigkeit der Bildungsabteilung, ebenso über den Stand der Büchergilde. Der Kassienbericht des Kollegen Eiser ergab kein gutes Bild über die Tätigkeit des hiesigen Gewerkschaftsartells. Bei den Wahlen wurden die „Alten“ wiedergewählt. Die Aussprache über alle Punkte war sehr reg, besonders die bevorstehenden Tarifverhandlungen wurden eifrig besprochen. Die Versammlung beschloß

ferner Richtlinien über die Höhe des Manteltariffs. Man betonte ein warmes Herz für arbeitslose und wandernde Verbandskollegen, aber ausmühen sollte sich kein Kollege sein. Der Vorsitzende berichtete, wie ein hiesiger, eine neue Stelle auswärts antretender Kollege seine Gütmüthigkeit mißbraucht habe. Nur durch Zufall sei er wieder zu seinem Gelde gekommen, im gleichen Fall habe er einen auswärtigen Vertrauensmann zu seinem geliebten Gelde verpöfien.

**Schwerin i. M.** Unsre Generalversammlung am 20. Januar wurde vom Vorsitzenden Wollenberg mit ehrenden Worten für die verstorbenen Kollegen Reuter und Fuhs eröffnet. Der Mitgliederbestand des Ortsvereins betrug 158. Nach einer Neuaufnahme mußte auch ein Ausschluß dem Gauvorstand empfohlen werden. Darauf wurden vom Vorsitzenden und dem Lehrlingsleiter die Jahresberichte erlatet. Die Vorstandswahl erbrachte u. a. die Neu- bzw. Wiederwahl der Kollegen Koppitz, Freier und Büniger. Das Amt des Schriftführers wurde mit dem des zweiten Vorsitzenden verbunden. Lehrlingsleiter blieb Kollege Ludas. Anträge auf Veränderung des Manteltariffs wurden vom Vorstand gehw. aus der Versammlung zu verschiedenen Punkten gestellt. Hingewiesen wurde schließlich noch auf die Veranstaltung der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes.

**Stuttgart. (Drucker. — Halbjahresbericht.)** Ein im August gehaltenen Vortrag von Herrn Dr. Strauß über „Gesundheitspflege, Unfallverhütung und Unfallbehandlung“ bot des Interessanten viel. — Für den Oktober war der bekannte Kulengänger Gräßler zu einem Vortrag gewonnen worden. Der hier erfolgte Zusammenschluß sämtlicher Sparten zu einer Arbeitsgemeinschaft hat den Zweck, der Gesamtkollegenchaft allgemein bildende Vorträge und Besichtigungen zu bieten, um den Verbandsaufbau zu heben und die Rollen den Sparten durch Umlage zu erleichtern. Anfang November folgte eine praktische Führung im Gelände durch Herrn Gräßler (im Volksmunde Wasserfächer genannt). Beide Veranstaltungen waren sehr gut besucht. — Die am 6. November abgehaltene Versammlung hatte folgende Tagesordnungspunkte aufzuweisen: 1. Vortrag von H. Popp: „Aus der Praxis des Chemigraphen“. 2. Vorführung des Registrierinitiativapparates durch den Erfinder Kollegen Häfeler. 3. Vortrag des Vorsitzenden Frank: „Ein neuer Schnellpressentyp“. Am 21. November folgte der Verein sehr gastreich einer Einladung der Maschinenfabrik Schetter & Gieseke zur Vorführung ihres Frabrilfilms „Windsbraut“ in der Schwäbischen Bilderbühne. — Eine Besichtigung der chemigraphischen Kunstanstalt von Schreiber fand am 28. November statt als Fortsetzung des Vortrages Popp, über 100 Kollegen folgten der Einladung. An dieser Stelle sei der Firma Schreiber, insbesondere Herrn Direktor Merkel, nochmals für das Gebotene Dank ausgesprochen. — Im letzten Monat des Jahres besichtigten wir mit der Arbeitsgemeinschaft den Stuttgarter Mißhof, wobei auf die Frauen gut vertreten waren. — Ein vom Oktober bis Dezember abgehaltener Juristkursus von Sch. Platten- und gemischten Formen wurde leider nur von 18 Kollegen besucht. Die Anfangsarbeiten dieses Kurses bewiesen so recht, wie notwendig es ist, den systematischen Aufbau einer Zurechtung in allen ihren Abteilungen kennen zu lernen. Als Fortsetzung wird ein Illustrationsjuristkursus stattfinden.

**Willingen (Baden).** Unsre 20. Generalversammlung am 22. Januar wies einen guten Besuch auf. Bezirksvorsitzender Reibel (Wahp) berichtete über die erfolglosen Lohnverhandlungen. Die Neuwahlen zeigten keine Veränderungen. Vorsitzender ist Kollege Heppeler, Kassierer Kollege H. Haas. Im Januar nächsten Jahres soll das 30jährige Bestehen unsres Ortsvereins entsprechend gefeiert werden.

**Wesel.** Unsre Hauptversammlung am 15. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Lehmann entrollte ein Bild über das abgelaufene Jahr. Der Kassienbericht ergab einen Bestand von 138 M., gegenüber 235 M. Defizit bei Beginn des Jahres. Von der Lehrlingsabteilung war zu berichten, daß von 14 Lehrlingen hier am Orte 12 in der Lehrlingsabteilung sind. Die vorzige Ostern ausgereichten Lehrlinge haben sämtlich die Gehilfenprüfung gut bestanden. Der bisher amtierende Vorstand wurde einstimmig per Akklamation wiedergewählt. Zum Schluß forderte Vorsitzender auf, auf alle Vorgänge im Beruf ein wachsamtes Auge zu haben.

**Wismar (Meck.).** Unsre Generalversammlung am 8. Januar hatte eine umfangreiche Tagesordnung aufzuweisen. Gaukassierleiter Stemann (Schwerin) referierte über das Thema „Verband und Lehrlingsabteilung“. Er verstand es, die Versammlungsteilnehmer mit warmen Worten für die Jugendarbeit zu begeistern. Leider steht die Handwerkskammer hier in Mecklenburg der Einführung der Lehrlingsordnung abschneidend gegenüber. Der Lehrlingsabteilung gehören hier am Orte sämtliche Druckereien an. Kollege Kesse wirkt als Lehrlingsleiter. Den Abrechnungen und dem Jahresbericht des verfloßenen Jahres wurde einstimmig zugestimmt. Desgleichen auch einigen Anträgen zum Manteltarif. Zu einem Vortrag über „Das Arbeitszeitnotgesetz“ war der Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses erschienen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, und zwar als Vorsitzender Kollege H. Fühlsdorf und als Kassierer Kollege F. Wolke.

**Zwickau. (Maschinenleker.)** Der Besuch unsrer Bezirksgeneralversammlung am 10. Januar ließ zu wünschen übrig. Von den am Jahreschluss vorhandenen 74 Mitgliedern waren 37 erschienen, vor welchen Vorsitzender Heise seinen Jahresbericht erlatete. Der Kassienbericht wies gegenüber dem Vorjahre einen erfreulichen Kassienbestand auf. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Anschließend verfaß dann noch der aus Chemnitz anwesende Vorsitzende der Gauvereinsung, Kollege Meiner, durch einen besprechenden Vortrag zum Gelingen der Veranstaltung. Reiches Beifall lohnte dessen Bemühungen. Mit einem Appell des Referenten an die Versammelten, auch weiterhin treu zur Sparte zu stehen und die Fortbildung innerhalb der Kollegen auch weiterhin tatkräftig zu fördern, schloß die recht harmonisch verlaufene Tagung.

Allgemeine Rundschau

Nachkommenswertes Beispiel. Die Buch- und Stein-druckerei C. C. Meinhold & Söhne G. m. b. H. in Dresden...

Meisterprüfung. Kollege A. B. E. S. O. K. in Neu-Ulm hat bei der Handwerkerkammer in Augsburg die Meisterprüfung mit gutem Erfolge abgelegt.

Internationaler Verständigungsversuch im Offsetzeit. Am 22. Februar findet in Berlin in unserm Verbandsbause eine internationale Konferenz statt.

Ausschereizende Verhaftung. Einer Meldung des Berliner Tageblatts aus Leipzig zufolge wurde dort der Buchdruckermeister Professor Richard Hahl verhaftet...

Hochverratsprozess gegen Buchdruckermeister und technische Angestellte. Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann am 16. Februar ein auf mehrtägige Dauer berechneter Hochverratsprozess gegen die Buchdruckermeister...

Generalausperrung der sächsischen Metallarbeiter. Trotz der Bemühungen des sächsischen Arbeiterministeriums, die von den Metallindustriellen am 18. Februar in Chemnitz beschlossene Generalausperrung zu wecheln...

Holzarbeiterausperrung in Württemberg. Der Verband der württembergischen Holzindustriellen hat die Ausperrung der gesamten württembergischen Holzarbeiter beschlossen.

Einie mit der kürzlich von demselben Reichsgerichtsenat ausgesprochenen Beurteilung zweier kommunistischer Buchhandlungsstellen, über die wir in Nr. 14 berichteten...

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des 'Korrespondent' läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Stellung des Zeugniszwanges der Presse. Der § 58 der Strafprozessordnung wurde durch eine Gesetzesnovelle bekanntlich dahin ergänzt, daß neben Geistlichen, Rechtsanwälten und Ärzten sowie den Mitgliedern der Parlamente...

Zeitungsveränderungen in Italien. Infolge der sachlichen Kostenerhöhung der öffentlichen Meinung nimmt die Veranschlagung italienischer Zeitungen einen größeren Umfang an.

Generalausperrung der sächsischen Metallarbeiter. (Fortsetzung) Die von den Metallindustriellen am 18. Februar in Chemnitz beschlossene Generalausperrung zu wecheln...

Holzarbeiterausperrung in Württemberg. (Fortsetzung) Der Verband der württembergischen Holzindustriellen hat die Ausperrung der gesamten württembergischen Holzarbeiter beschlossen.

Wohnverhältnisse in Stuttgart. Da bei vielen Kollegen Mangel an Wohnraum herrscht, inwieweit sie bereit sind, auf die Steuererleichterungen zurückzuzugreifen...

Kollege Insofne Krankheit, Streit, Arbeitslosigkeit einen Verdienstausfall, konnten ihn, da er für diese Zeit überhaupt keine Steuern bezahlte, auch die Steuerfreien 24 M. nicht abgerechnet werden.

Patentkchau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Postenwall 8 welcher den Verleih dieses Blattes kostenlos und nur in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutzmitteln bereitwillig erteilt.

- (Veröffentlichung im Patentblatt) vom 5. Februar 1927: Nr. 15a 440 880 Konstantin Wallis, Berlin, Vorrichtung zum Waschen von Druckeisen...

Literarisches

'Der Graphische Betrieb.' Monatschrift für Maschinen-technik, Betriebswissenschaft und Berufshilfe...

'Wunderverblichste Kitzler.' Von Otto Sauerbühl, 5. Ausgabe, 18. bis 17. Aufl. In Gemeinschaft mit Verlag von Edgar Wandl...

'Stuttgarter Oeffe.' Aus der Arbeitergemeinschaft des Bindungsverbandes mit den arbeitslosen Vertriehen der Stuttgarter...

'Die neuen Qualifikations.' Von Arnold Springer. Vertrieben wurde die vierte Auflage...

Verchiedene Eingänge

'Technographische Anzeiger.' Verbinden mit den Mitteilungen für photomechanische Reproduktionstechnik. 'Buch- und Kunsthandl.' Monatschrift für graphische und verwandte Gewerbe...

